

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 131, April 2019

Umstrittene Faktenlage

**Eine Diskursanalyse der öffentlichen Diskussion
um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland**

Christopher Smith Ochoa und Maximilian Hugendubel
unter Mitarbeit von Simon Gehlhar

© 2019 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Umstrittene Faktenlage“ von Christopher Smith Ochoa und Maximilian Hugendubel ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
Zusammenfassung.....	5
1. Einleitung und Problemaufriss	7
1.1 Die internationale Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit.....	8
1.2 Besonderheiten der deutschen Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit.....	10
1.3 Theoretischer Hintergrund: das Konzept der Diskurskoalitionen und Storylines	11
1.4 Methodik	12
2. Theoretische Grundlage: Storylines und Diskurskoalitionen	18
3. Empirische Herangehensweise: Korpusanalyse	22
4. Empirische Ergebnisse.....	25
4.1 Korpusanalyse: Frequenzanalyse	25
4.2 Diskursanalyse	32
4.3 Die erzählerische Dynamik zwischen den drei Storylines.....	46
5. Fazit und Diskussion	51
Glossar.....	56
Literatur.....	58
Anhang.....	70
Autorinnen und Autoren	72

Abkürzungsverzeichnis

DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Ifo-Institut	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
IMF	International Monetary Fund
INSM	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
IW Köln	Institut der deutschen Wirtschaft
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
SOEP	Sozial-Oekonomisches Panel
WTO	World Trade Organisation

Zusammenfassung

Die Finanz- und die nachfolgende Wirtschaftskrise (2008 ff.) haben zu großen Kontroversen in der deutschen Politik, Medienlandschaft und breiteren Öffentlichkeit geführt und neben einer Reihe ordnungspolitischer Fragen vor allem die sozioökonomische Ungleichheitsfrage wieder neu aufgeworfen. Die Politikwissenschaft hat sich diesen Diskussionen vor allem in theoretischer Hinsicht genähert und die politischen Kontroversen zum Anlass genommen, das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus zu überdenken. Analysen, die den Verlauf des Ungleichheitsdiskurses in empirischer Hinsicht rekonstruieren und nachvollziehbar machen können, weshalb die Kontroversen keine politisch wirksamen Handlungsprogramme in Gang setzen konnten, stehen jedoch noch aus. Dieser Beitrag setzt sich mit dieser Forschungslücke auseinander.

Ziel ist es, die zentralen Diskurskoalitionen und die prägenden Storylines des Ungleichheitsdiskurses im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise freizulegen und so ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie die Debatte über sozioökonomische Ungleichheit verläuft und weshalb sich die öffentliche Politisierung der Ungleichheitsfrage in der politischen Arena nur mäßig zum Ausdruck bringen konnte.

Die Ergebnisse zeigen, dass dies vor allem daran liegt, dass der Diskurs von einer neoliberal inspirierten Storyline geprägt werden konnte, in dessen Zentrum die Behauptung steht, dass es das Problem der Ungleichheit *de facto* nicht gäbe bzw. Ungleichheit in ihrer existierenden Form politisch geradezu unproblematisch sei.

Daneben lassen sich zwei alternative Storylines identifizieren, in denen die kritischen Aspekte der öffentlichen Debatte sichtbar werden. Einer ersten kritischen Position nach ist die sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland zwar problematisch, wird aber als eine im Rahmen der bestehenden Ordnung zu bewältigende Herausforderung gesehen, die durch regulatorische Änderungen der bisherigen Politik zu überwinden sei.

Daneben existiert eine marginalisierte Storyline, in der sich jene grundlegenden Kritiken sammeln, die die sozioökonomische Ungleichheit als Ausdruck der fundamentalen Bedrohung einer im Niedergang begriffenen Demokratie interpretieren.

Ausgehend von einer umfassenden Korpusanalyse, die aus journalistischen Beiträgen aus den Zeitungen ZEIT, WELT und taz sowie aus Bundestagsreden im Zeitraum von 2005 bis 2015 besteht, werden diese drei Storylines sowohl inhaltlich als auch mit Blick auf ihre Träger rekonstruiert. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass eine durch die Große Koalition begünstigte Nähe von neoliberaler und regulatorischer Storyline da-

zu geführt hat, dass sich die Kontroverse in ihrer Bandbreite nicht auf die parteipolitische Arena übersetzen konnte. Es sind vor allem bestimmte erzählerische Praktiken, die in den Diskurskanälen der Großen Koalition exekutiv ausgehebelt werden.

1. Einleitung und Problemaufriss¹

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 ff. wurde die sozio-ökonomische Ungleichheitsfrage in Deutschland mit einer bis dahin ungewohnten Schärfe neu aufgeworfen. Sie hat eine öffentliche Kontroverse über die Legitimation der Marktwirtschaft in westlichen Demokratien nach sich gezogen, die sich vor allem an der Frage entzündete, ob durch die finanzökonomischen Prozesse der letzten Dekade der gesellschaftliche Zusammenhalt gerade dort bedroht wird, wo durch demokratische Institutionen die Legitimität politischer Entscheidungen als gesichert galt (Mau 2015; Mau/Schöneck 2015; Nullmeier et al. 2014). Die Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus wurde – wenngleich für einen kurzen, doch nicht unerheblichen Zeitraum – intensiv diskutiert (Nullmeier et al. 2012). Sowohl prominente Intellektuelle aus Wissenschaft und Medien (u. a. Beckert/Streeck 2011; Minkmar 2011; Maak 2012) als auch kritische Stimmen aus dem linken Flügel der Politik äußerten sich mit einer neuen Dringlichkeit zur wachsenden Schere zwischen Arm und Reich in den Industrieländern, verwiesen auf die dramatischen Folgen dieser Entwicklung und betonten die Notwendigkeit einer Umverteilungspolitik (Godar/Trugar 2016). Thematisiert wurden hier vor allem globalwirtschaftliche, sozialpolitische und demokratische Entwicklungen der vergangenen 40 Jahre, z. B. der systematische Abbau des Sozialstaats, die Konzentration des Einkommens- und Vermögensreichtums innerhalb einer kleinen Elite (Piketty 2014) sowie die technokratische Oligarchisierung der Demokratie, wie sie unter dem Begriff der Postdemokratie (Crouch 2004) auch politikwissenschaftlich diskutiert wird.

Trotz dieser kritischen Diskussion fand weder in Deutschland noch in anderen westlichen Ländern eine wesentliche politische Veränderung im Kontext des Problems sozioökonomischer Ungleichheit statt (Schneider et al. 2017, S. 233–225). Die kurzfristig mögliche Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft, wie sie symbolisch durch die frisch entlassenen, Kartons tragenden Banker von Lehman Brothers repräsentiert wurde, scheint in weite Ferne gerückt zu sein (Crouch 2011). Die Diskrepanz zwischen einer zumindest für den akuten Krisenzeitraum lautstarken öffentlichen Diskussion und einer letztlich ausbleibenden Umverteilungspolitik stellt die Politikwissenschaft vor die Frage, wieso eine derart umfangreiche Politisierung des finanz- und wirtschaftspolitischen

1 Für hilfreiche Anmerkungen und Kommentare danken wir Karl-Rudolf Korte, Taylan Yildiz, Frank Gadinger, Hanna Lena Buschan, Ray Hebestreit, Andreas Blätte, Kristina Weissenbach und Dennis Michels.

Status quo keine nennenswerten politischen Folgen erzeugen konnte, obwohl die These, dass die fragile Struktur des globalen Finanzsystems jederzeit wieder zu einer Verschärfung des bestehenden Problems führen könnte, von wissenschaftlicher wie publizistischer und politischer Seite immer wieder betont wurde (Krugman 2010; Zitelmann 2017; Braunberger 2017; Wolf 2015).

Vor diesem Hintergrund haben sich die Sozialwissenschaften mit dem Zusammenhang von globaler Finanzkrise und sozioökonomischer Ungleichheitsfrage auseinandergesetzt: die Soziologie beschäftigt sich hauptsächlich mit der gesellschaftlichen Akzeptanz sozioökonomischer Ungleichheit nach der Krise; die politische Ökonomie und die Wirtschaftssoziologie untersuchen mit Makrodaten die schwankenden Tendenzen der sozioökonomischen Ungleichheit und die Geschichtswissenschaft hat sich in erster Linie mit der historischen Makroentwicklung des Phänomens auseinandergesetzt (Mau 2015; Sachweh 2010; Wehler 2013; Behringer/van Treeck 2015; Fratzscher 2016). Während sich die Politikwissenschaft vor allem auf theoretischer Ebene mit der Frage beschäftigt hat, was die globale Finanzkrise über das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft aussagt, fehlen bislang Studien, die die Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit auch empirisch nachzeichnen und so den Verlauf des Diskurses verständlich machen. Da sich diese Veränderungen primär über die politische Sprache strukturieren, bedarf eine solche Untersuchung des diskursanalytischen Ansatzes. Im Anschluss und als Erweiterung an bestehende Forschung (Nullmeier et al. 2012; Keller et al. 2008; Denkwerk Demokratie 2014; Lemke/Wiedemann 2016; Nonhoff 2006; Gadinger et al. 2014; Yildiz et al. 2018; Schneider et al. 2017) argumentiert der Beitrag anhand einer computergestützten Korpusanalyse sowie einer interpretativen Diskursanalyse, dass die Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit von bestimmten Storylines beeinflusst und geformt wird, die im Folgenden näher umrissen werden.

1.1 Die internationale Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wird sowohl im politischen Journalismus als auch in Parteien, Verbänden und in den Sozialwissenschaften verstärkt darüber diskutiert, ob die westlichen Demokratien derzeit durch eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in ihren institutionellen Grundlagen herausgefordert werden und die damit einhergehende Unzufriedenheit in den Unter- und Mittelschichten einen als überwunden

geglaubten Rechtspopulismus wieder neu beflügelt haben (Bude 2017; Mikfeld 2017, S. 19; Castel 2011). Kapitalismuskritische Stimmen weisen auf die zunehmende Spaltung der westlichen Gesellschaften hin, die immer häufiger in getrennte Alltagsblasen zerfallen und in der sich dadurch teilweise unvereinbare Weltanschauungen ausbreiten und stabilisieren (Butterwegge 2016; Lessenich/Nullmeier 2006; Hagelüken 2017). Als ein wichtiger Grund für dieses Auseinanderdriften wird die Spreizung der Einkommens- und Vermögensschere gesehen, die zu tiefen Ressentiments führe und die Gesellschaft immer weiter spalte (Harrington 2016; Hochschild 2016). So wird in den Sozialwissenschaften infolge dessen beispielsweise von einer fundamentalen „Krise der Repräsentation“ in den westlichen Demokratien gesprochen, in der sich zahlreiche BürgerInnen nicht mehr ausreichend vertreten fühlten (Brown 2015; Streeck 2011; Mair 2013). Diese Entwicklung würde den Niedergang der Volksparteien beschleunigen und zu schwindendem Vertrauen in etablierte PolitikerInnen und letztendlich zum Erstarken extremistischer Parteien führen.

Wirtschaftsliberale ExpertInnen stimmen allerdings mit dieser Diagnose nicht überein: Die Industrieländer hätten die Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt und dadurch eine potenzielle ökonomische Katastrophe verhindert (Malik 2016; Mathur 2014). Der soziale Zusammenhalt im Westen sei stabil und die globale Wirtschaft wachse wieder stark, was wiederum zur Steigerung des allgemeinen Wohlstands führen werde (Hüther 2016). Nach dieser Lesart werde auch der/die „normale“ BürgerIn die Früchte der globalen wirtschaftlichen Erholung wieder flächendeckend ernten und sich so von der Geißel des Populismus befreien können. Einige Stimmen plädieren sogar dafür, dass die Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit einen falschen Fokus auf Reichtum lege, wodurch eher Ressentiments gegenüber den „Leistungsträgern der Gesellschaft“ geschürt werden, statt sich den drängenden sozialen Problemen der Armutsbekämpfung zu stellen (Frankfurt 2016). Ohnehin sei das wachsende Unbehagen bezüglich Globalisierung und sozialer Lage in weiten Teilen ein Problem der subjektiven Wahrnehmung, dem durch neue rhetorische Strategien entgegengewirkt werden müsse (Niehues 2014). Insofern sei „Ungleichheit ein gehyptes Problem“ (Plickert 2015). Schließlich verfügten die BürgerInnen von Industrieländern über vergleichsweise umfangreiche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, durch die sie sich produktiv in die politische Bearbeitung sozialer Fragen einbringen könnten (Nanz/Fritsche 2012, S. 9).

Auf diese Einwände reagierten kritische Stimmen vor allem mit dem Hinweis darauf, dass die BürgerInnen selbst in jenen Regionen, in denen wirtschaftliches Wachstum und demokratische Beteiligungsmöglich-

keiten zu verzeichnen seien, keine markanten Verbesserungen in ihren Gehältern oder signifikante Aufstiegschancen erfahren haben, sondern eher eine kontinuierliche Politik der Austerität und eine dadurch bedingte Zunahme prekärer Arbeit zu beobachten sei (Blyth 2015; Streeck 2013; Nachtwey 2016). Die Metapher „Abstiegsgesellschaft“ entwickelt vor diesem Hintergrund eine besondere performative Kraft in der Öffentlichkeit (Nachtwey 2016), die durch empirische Studien, insbesondere mit Blick auf den angelsächsischen Raum, gestärkt wurde und dadurch große politische und mediale Aufmerksamkeit erfahren hat (Atkinson 2015; Piketty 2014; Stiglitz 2014, 2016). Seitdem wird das Thema international mit außergewöhnlicher Leidenschaft und überaus kontrovers diskutiert, was häufig zu einer diffusen und moralisch aufgeladenen Diskussionskultur führt, die sich für BeobachterInnen schwer einordnen lässt.

1.2 Besonderheiten der deutschen Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit

Die Debatte um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland weist zwei besondere Eigenschaften auf. Einerseits wird sie in ungewöhnlich starker Weise von Diskussionen um die Bedeutung und Interpretation von Fakten geprägt, in diesem Fall konkret um die Zunahme, Stabilität oder Abnahme der Einkommensungleichheit. Als besonders problematisch erweist sich dabei die Wahl der jeweiligen Zeiträume, weil sich so unterschiedliche Aussagen über die Zunahme oder Abnahme von Einkommensungleichheit treffen lassen, wodurch das Problem – je nach politischer Interessenlage – in seiner Dringlichkeit auch unterschiedlich dargestellt werden kann. Andererseits zeichnet sich die Debatte durch eine besondere Kontingenzanfälligkeit aus, die durch den undurchsichtigen Takt wirtschaftspolitischer Ereignisse vorgegeben wird. So erweist sich die Debatte gerade deshalb nicht nur als ein Kampf um Fakten, sondern ist auch als ein Wettbewerb um Deutungshoheit zu verstehen, wie in Deutschland durch die Umdeutung der Finanzkrise in eine Schuldenkrise der südeuropäischen Wirtschaften zu beobachten war. Wenngleich Deutungsprozesse eher subjektive Phänomene umfassen, können sie doch eine faktische Kraft in der Politik entwickeln, weil dadurch – wie im vorliegenden Fall – Bankenrettungspakete gerechtfertigt werden konnten (Herz 2012; Kellermann/Mikfeld 2014). Solche Umdeutungsprozesse erweisen sich deshalb oft als die zentralen sprachlichen Mechanismen im Umgang mit öffentlich artikulierter Kritik und in der Bekämpfung statusbedrohlicher Politikwechsel (Yildiz et al. 2018), wenngleich

die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands im Zeitraum von 2005 bis 2015 als „Faktum“ für den Erfolg der neoliberalen Erfolgserzählung nicht unwesentlich war (Fuest 2017).

Trotz dieser erfolgreichen Erzählstrategien gibt es sowohl national als auch international durchaus Kritik an der bundesdeutschen Sozialpolitik und ihrer Auseinandersetzung mit sozioökonomischer Ungleichheit (Bude/Staab 2016; Fratzscher 2016; Hagelüken 2017). Die Europäische Kommission (2017) hat der Bundesregierung beispielsweise vorgeworfen, dass sie

„in hohem Maße zur Vergrößerung der Armut beigetragen [habe], was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die bedarfsabhängigen Leistungen real und im Verhältnis zur Einkommensentwicklung gesunken sind.“

Die Debatte ist keineswegs beendet und wird künftig weiterhin für einen Deutungskampf um ungleichheitsrelevante Fakten sorgen.

Vor diesem Hintergrund stellt der Beitrag vier zusammenhängende Fragen: Erstens wird gefragt, wie sich der sozioökonomische Ungleichheitsdiskurs in Deutschland im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise verändert hat. Zweitens geht es darum, mittels welcher Storylines sich dieser Wandel in der „umstrittenen Faktenlage“ über sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland vollzogen hat. Diese Storylines werden drittens auf ihre Diskurskoalitionen hin untersucht und viertens wird diskutiert, wie vor diesem Hintergrund das Ausbleiben eines Politikwechsels angesichts solch radikaler Ereignisse wie der Finanz- und Wirtschaftskrise und der dadurch entstandenen Kontroversen erklärt werden kann.

1. Wie veränderte sich der Ungleichheitsdiskurs in Deutschland durch die Finanz- und Wirtschaftskrise?
2. Welche Storylines waren für den Wandel in der Diskussion über sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland verantwortlich?
3. Welche Diskurskoalitionen vertreten welche Storyline?
4. Wieso blieb trotz eines einschneidenden Ereignisses wie der Finanz und Wirtschaftskrise ein Politikwechsel aus?

1.3 Theoretischer Hintergrund: das Konzept der Diskurskoalitionen und Storylines

In diesem Beitrag wird aus der Perspektive des diskursanalytischen Ansatzes von Maarten Hajer (1995; 2009) argumentiert, dass die Ungleichheitsdebatte vor allem durch dominante Storylines und die ent-

sprechenden Diskurskoalitionen geprägt und strukturiert wird. Nach Hajer sind Storylines

„Erzählungen der sozialen Wirklichkeit [...], durch die Elemente aus vielen unterschiedlichen Gebieten miteinander verknüpft werden und die dabei den Akteuren ein Set symbolischer Assoziationen an die Hand geben, die so ein geteiltes Verständnis suggerieren.“ (Hajer 1997, S. 113)

Storylines sind insofern bedeutende erzählerische Sprachwerkzeuge, weil sie spezifische Zustände, in diesem Fall die Verteilungssituation in Deutschland, durch alltagsbewährte Deutungsmuster zu legitimieren oder auch zu kritisieren verhelfen und sie so zum Gegenstand politischer Diskussionen erheben können. Eine Diskurskoalition ist demnach eine Gruppe von Akteuren, die eine oder auch ein Set von Storylines über einen bestimmten Zeitraum teilt und dadurch den Deutungskampf um eine bestimmte Lage und ihre politischen Implikationen zu beeinflussen versucht (Mikkelsen/Langhelle 2008, S. 97). Wenngleich Diskurskoalitionen bestrebt sind, ihre Situationsdefinitionen im politischen Wettbewerb möglichst effektiv zu platzieren, geht der Ansatz nicht davon aus, dass sich die tragenden Akteure der Diskurskoalitionen notwendigerweise strategisch dazu verabreden müssen. Um das Kriterium der Diskurskoalition zu erfüllen reicht es aus, dass in der öffentlichen Debatte eine gemeinsame Sinnarbeit geleistet wird und geteilte Erzählmuster beansprucht werden. Der Mehrwert dieses Ansatzes liegt damit vor allem darin, dass jene sprachlichen Muster von Policy-Diskursen zugänglich identifiziert werden können, die zur Generierung plausibler Argumente und gerechtfertigter Forderungen notwendig sind. Dies wird vor allem mithilfe des analytischen Vokabulars von Storylines und Diskurskoalitionen ermöglicht, indem der diskursive Prozess der Übersetzung von politischen Standpunkten in spezifische Storylines systematisch untersucht werden kann. Der einflussreiche Ansatz von Hajer, auf den sich dieser Beitrag primär bezieht, ist Teil einer interpretativen Bewegung in der Policy-Forschung (u. a. Fischer/Forester 1993; Hajer/Wagenaar 2003; Münch 2015), die entgegen einer lange Zeit dominierenden positivistischen Tradition hervorhebt, dass politische Sprache nicht nur eine instrumentelle Funktion hat, sondern auch eine konstitutive Bedeutung für die Konstruktion von politischen Wirklichkeiten besitzt.

1.4 Methodik

Anhand mehrerer explorativer Interviews im Winter 2016/17 und Frühling 2017 wurden schrittweise drei relevante Storylines im deutschen

Ungleichheitsdiskurs herausgearbeitet, die durch die Korpus- und Diskursanalyse anschließend sukzessive verfeinert wurden.² Die Interviews wurden vor allem als sogenannte „Helikopter-Interviews“ (Hajer 2006) geführt. Grundsätzlich ging es in dieser explorativen Phase darum, Interviews mit zentralen politischen Akteuren („Helikoptern“) der sozioökonomischen Ungleichheitsdebatte zu führen, da diese einen guten Überblick über das Feld aus verschiedenen Positionen liefern können. Dazu zählten u. a. JournalistInnen im Bereich der Sozialpolitik, wichtige PolitikerInnen und wissenschaftliche ExpertInnen zur sozioökonomischen Ungleichheitsfrage. Die Interviews dienten darüber hinaus dazu, mehr Informationen über Kausalketten (z. B. das Verhältnis zwischen den Auswirkungen der globalen Finanzkrise und dem Wiederaufkommen des Ungleichheitsdiskurses) zu generieren. Ferner wurden sie verwendet, um ein besseres und umfassendes Verständnis über die Bedeutung bestimmter Ereignisse zu erhalten sowie einen ersten Überblick zum deutschen Ungleichheitsdiskurs zu schaffen. So konnte das erste Puzzlestück der gesamten Forschungsarbeit, sprich die Diskrepanz zwischen einem lauten Ungleichheitsdiskurs und einer vergleichsweise stillen Gleichheitspolitik, konzeptualisiert und die Forschungsfragen in diesem Beitrag entwickelt werden. Die Kernpassagen aus den explorativen Interviews wurden im Anschluss daran in MaxQDA kodiert. Auf dieser Weise konnten unterschiedliche Deutungsmuster (Rechtfertigungsmittel, (De)Legitimierung bestimmter Ideologien und/oder Strategien), Werte, Handlungsrahmen und schließlich Storylines in der sozioökonomischen Ungleichheitsfrage in Deutschland skizziert werden.

Eine erste Storyline in der öffentlichen Debatte um sozioökonomische Ungleichheit ist die liberal-konservative Erzählung der Leistungsgesellschaft, die davon ausgeht, dass die erhöhte Aufmerksamkeit für und Wahrnehmung von sozioökonomischer Ungleichheit den wissenschaftlichen Befunden der letzten zehn Jahre keineswegs entspricht und eher hysterisch getrieben ist. Ungleichheit als drängendes politisches Problem wird hierbei verneint. Die zweite Storyline der Kompromiss- bzw. Ausgleichsgesellschaft ist pragmatischer Natur und folgt einer Problembeschreibung, in der sozioökonomische Ungleichheit zwar als ernste Herausforderung angesehen wird, jedoch politisch als zu bewältigen gilt. Eine dritte Storyline ist die Erzählung der Abstiegsgesellschaft. Hier wird davon ausgegangen, dass sich viele BürgerInnen zunehmend in einer

2 Es wurden elf Interviews mit politischen, medialen und wissenschaftlichen Akteuren der sozioökonomischen Ungleichheitsdebatte geführt. Die Sampling-Strategie der Experteninterviews richtete sich an einem Sampling mit maximaler Variation aus, welche das ganze politische Meinungsspektrum zur Ungleichheitsfrage abdeckte.

Abstiegsgesellschaft befinden, was den Kern der Demokratie aushöhle und den Gesellschaftsvertrag fundamental bedrohe.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird in zwei Schritten vorgegangen und ein Mixed-Methods-Ansatz eingesetzt. Im ersten Schritt wird eine quantitative Korpusanalyse durchgeführt, mit der die Entwicklung des Diskurses mit einem diktionsbasierten Ansatz untersucht wird. Anhand einer einfachen Frequenzanalyse liefert dieser erste Schritt Einblicke in die Konturen der Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland. Schließlich umfasst die Analyse einen Vergleich von drei überregionalen Zeitungen (ZEIT, taz und WELT), die das politische Spektrum Deutschlands abdecken, sowie zwischen allen politischen Fraktionen, die im ausgewählten Zeitraum dem Bundestag angehört haben. Nach Hajer werden sowohl mediale als auch parlamentarische Quellen analysiert, denn „politics and media are fundamentally intertwined“ (2009, S. 74). So wird ein erster Überblick über die Debatte um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland im Kontext der Finanzkrise erstellt.

Quantitative Text-Mining-Verfahren und Textanalyse als sozialwissenschaftliche Methoden

Seit Anfang der 2000er Jahre gewinnt – nicht zuletzt aufgrund der Fortschritte im Bereich computergestützter Analyseverfahren – die Methode der quantitativen Textanalyse in den Sozialwissenschaften zunehmend an Bedeutung (Grimmer/Stewart 2013; Ignatow/Mihalcea 2016; Ignatow/Mihalcea 2018; Lemke/Wiedemann 2015; Wiedemann 2016). Im deutschsprachigen Raum haben sich unter anderem das ePol-Projekt an der Universität Leipzig (Verbundprojekt Postdemokratie und Neoliberalismus; Wiedemann/Lemke/Niekler 2013) und das Forschungsprojekt PolMine an der Universität Duisburg-Essen (unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Blätte) als besonders fruchtbar und einflussreich erwiesen (Blätte et al. 2018). Um die hier genannten Methoden etwas greifbarer zu machen, befindet sich am Ende des Working Papers ein Glossar mit Begriffserklärungen, das eine Art Lesehilfe darstellt.

Die sogenannte „Big-Data-Revolution“ der 2000er-Jahre hat neue Möglichkeiten in der Textanalyse jenseits interpretativ-qualitativer Ansätze eröffnet (Shaw 2014), die bereits eine jahrhundertlange Tradition in den Sozial- und Geisteswissenschaften haben (Ignatow/Mihalcea 2018, S. 17). Insofern findet durch die Kombination von Text-Mining-Verfahren und interpretativ-qualitativer Textanalyse eine zunehmende Annäherung zwischen beiden Analyseinstrumentarien statt (Ignatow/Mihalcea 2018, S. 1–5). Text-Mining-Ansätze beinhalten Methoden zur Erfassung großer Mengen digitaler Texte, die in Textkorpora zusammengestellt und deren übergreifende Strukturen und Muster mit fortge-

schrittenen statistischen Methoden und Herangehensweisen analysiert werden können (Kwartler 2017, S. 1). Die „klassische“ Textanalyse ist hingegen die systematische Analyse von Wortgebrauchsmustern in Texten und wird typischerweise mit interpretativen Methoden durchgeführt, die darauf abzielen, kleinere Textmengen in großer Tiefe zu analysieren (Ignatow/Mihalcea 2018, S. 5).

Die Textanalyse basiert klassischerweise auf unterschiedlichen empirischen Materialien: Literatur bspw. in Form von Monografien, transkribierte Interviews, Zeitungen, Zeitschriften, historische und juristische Dokumente oder Online-Daten. Jede Art von Textquellen bietet unterschiedliche Vorteile. Zum Beispiel ist die Sammlung internet-basierter Daten meist kostengünstig und niedrighschwellig durchführbar. Dennoch folgt die empirische Daten- und Fallauswahl immer zuerst der Frage, welches Forschungsziel verfolgt wird. Wird angestrebt, möglichst viele Informationen über ein gesellschaftliches Phänomen zu erheben, wählt man in der Regel repräsentative Korpora, welche das Phänomen möglichst umfassend abdecken. Ruiz Ruiz (2009) schlägt darüber hinaus drei Hauptanalyseebenen vor, auf denen die sozialwissenschaftliche Textanalyse mit quantitativen Text-Mining-Verfahren durchgeführt werden kann: Erstens die Ebene des Textes selbst, zweitens die Ebene des direkten sozialen und intertextuellen Kontextes und drittens eine soziologische Ebene, bei der kausale Beziehungen zwischen Texten und den sozialen und gesellschaftlichen Kontexten, in denen sie produziert und empfangen werden, identifiziert werden. Dieser Beitrag beschäftigt sich hauptsächlich mit der ersten, der textuellen Ebene, auf der die Struktur und Zusammensetzung eines ausgewählten Diskurses, in diesem Fall der deutsche Ungleichheitsdiskurs, charakterisiert und analysiert wird.

Vor allem mit Blick auf zwei Teilaufgaben können Text-Mining-Verfahren nach Grimmer und Stewart den sozialwissenschaftlichen Forschungsprozess unterstützen: bei der Klassifikation von Texten und bei der Skalierung einzelner Auswertungsschritte (Grimmer/Stewart 2013, S. 268). Klassifikation bezeichnet die Zuordnung eines Textes zu einer Kategorie, im Falle dieses Artikels der binären Kategorie „Teil des Ungleichheitsdiskurses/nicht Teil des Ungleichheitsdiskurses“. Skalierung bedeutet, bestimmte klar definierte Untersuchungsschritte auf einen großen Untersuchungsrahmen auszuweiten. Ein Skalierungsverfahren verwenden wir, um einen ersten Eindruck vom Verlauf des Ungleichheitsdiskurses auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zu erhalten.

Das Vorkommen einschlägiger Stichworte weist auf die Struktur eines Diskurses hin. Text-Mining erlaubt es, diesen Indikator für einen Diskurs zu skalieren, d. h. große Textmengen auf eine relativ große Anzahl von einschlägigen Begriffen hin zu durchsuchen. Der zweite Schritt, bei dem

uns das Text-Mining-Toolkit PolmineR³ hilft, ist eine simple Klassifizierung. Das Vorkommen einiger Stichworte bedeutet, dass hier wahrscheinlich ein Ausschnitt des Diskurses zu finden ist. Diese Ausschnitte sind also vermutlich für die qualitative Untersuchung relevant. Daher konnte ein einfaches Mining-Verfahren dabei helfen, wahrscheinlich relevante Textpassagen aus dem gesamten Korpus herauszufiltern. Diese Auswahl liegt der qualitativen Auswertung im zweiten Teil des Beitrags zugrunde.

Kombination von Text-Mining-Verfahren mit der interpretativ-qualitativen Diskursanalyse

Text-Mining-Verfahren ermöglichen es, innerhalb von Diskursanalysen, d. h. innerhalb spezifischer Textanalysen, große Mengen an Textdaten zu erfassen und systematisch auszuwerten. Die hohe Zahl empirischer Quellen stärkt die Diskursanalyse, reduziert mögliche Verzerrungen im Forschungsdesign und erhöht dementsprechend die Wissenschaftlichkeit der Analysen. Unter Rückgriff auf Mautner 2016 und Kwartler 2017 resümieren die folgenden sieben Punkte die analytischen Vorteile der Kombination von quantitativen Text-Mining-Verfahren und qualitativ-interpretativen Diskursanalysen:

- Im Vergleich zur üblichen qualitativ-interpretativen Diskursanalyse ermöglichen Text-Mining-Verfahren die systematische Analyse sehr großer Datenmengen.
- Die Kombination beider Verfahren ermöglicht verschiedene Perspektiven auf die Daten und damit die Verbindung zu einer methodischen Triangulation, d. h. die Anwendung mehrerer Methoden zur Untersuchung desselben Phänomens.
- Der Mixed-Methods-Ansatz, also die Kombination mehrerer Forschungsmethoden bzw. -ansätze, hat das Potenzial, subjektive Verzerrungen der ForscherInnen zu reduzieren.
- Text-Mining-Verfahren bieten sowohl quantitative als auch qualitative Perspektiven (Triangulation) auf die Daten.
- Die Methoden können dank computergestützter, automatisierter Abläufe mit Geschwindigkeiten angewendet werden, die menschliche Fähigkeiten weit übersteigen.
- Text-Mining identifiziert neue Erkenntnisse oder verstärkt bestehende Erkenntnisse auf Basis relevanter Daten.
- Software wie R ermöglicht überprüfbare und reproduzierbare Methoden beim Einsatz von Text-Mining-Verfahren.

3 PolmineR bietet ein leicht zugängliches Toolkit für die interaktive Analyse von Textkorpora mit der freien Statistik-Software R. <https://cran.r-project.org/web/packages/polmineR/vignettes/vignette.html> (Abruf am 09.04.2019)

Diskursanalyse

Im zweiten Teil dieses Papers werden Artikel und Reden in den Zeitungs- und Parlamentskorpora anhand des thematischen Diktionärs identifiziert und eine Stichprobe aus diesen Texten erstellt. Die Stichprobe aus Zeitungsartikeln und Bundestagreden wird diskursanalytisch untersucht, wodurch die prägenden Storylines und die entsprechenden Diskurskoalitionen im deutschen Ungleichheitsdiskurs herausgearbeitet werden können. Insgesamt werden über 1.000 Artikel und Reden aus den Korpora auf diese Weise analysiert.

In einem ersten Schritt stehen die Zeitungsartikel im Mittelpunkt der Analyse, da diese als Quellen eine fundamentale Rolle in der Verbreitung und Reproduktion von Storylines und Diskurskoalitionen spielen (Loeber et al. 2011). In einem zweiten Schritt werden dann einschlägige Reden im Bundestag untersucht, um so herauszufinden, ob und wie die identifizierten Storylines und Diskurskoalitionen im parlamentarischen Bereich eingesetzt werden und sich in diesem institutionellen Umfeld ggf. verändern. Zusammenfassend werden die quantitative Korpusanalyse und die interpretative Diskursanalyse eine umfassende Antwort darauf geben, welche Storylines und Diskurskoalitionen in der Debatte um sozioökonomische Ungleichheit stark vertreten sind und wie sie den politischen Handlungsraum in diesem Politikfeld strukturieren.

2. Theoretische Grundlage: Storylines und Diskurskoalitionen

Das Spektrum diskursanalytischer Zugänge hat sich in der politikwissenschaftlichen Anwendung in den vergangenen Jahren deutlich erweitert (u. a. Keller et al. 2008; Nonhoff 2006; Hajer 2007; Wodak/Meyer 2002; Münch 2015). Diese verfügen über unterschiedliche theoretische Hintergründe, konzeptionelle Vokabulare und methodologische Implikationen. Hauptanliegen dieses Papers ist es, prägende Storylines und Diskurskoalitionen innerhalb der Debatte um die sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland zu identifizieren. Dementsprechend wird ein Zugang gewählt, der den Einfluss von Sprache auf Politik analysieren kann ohne die Bedeutung von Akteuren und ihre oftmals medial vermittelten Praktiken der Sinngenerierung systematisch zu vernachlässigen. Diese Kriterien werden durch den diskursanalytischen Zugang von Hajer weitgehend erfüllt, der sich an der Foucault'schen Tradition der Diskursanalyse orientiert, aber den Aspekt von agency stärker in den Fokus rückt⁴. Der Ansatz bietet darüber hinaus drei analytische Vorteile:

„(1) [Der Ansatz der Diskurskoalitionen] analysiert strategisches Handeln im Kontext spezifischer soziohistorischer Diskurse und institutioneller Praktiken und stellt die konzeptionellen Mittel der Analyse der Kontroversen über einzelne Probleme in einen weiteren politischen Kontext. (2) Er treibt deren Erklärung über den Verweis auf bloße Interessen hinaus, in dem er analysiert, wie Interessen im Rahmen bestimmter organisatorischer Praktiken und im Kontext eines bestimmten Diskurses konkretisiert werden. (3) Er erhellt, wie unterschiedliche Akteure und organisatorische Praktiken helfen, eine bestimmte Haltung zu reproduzieren oder zu bekämpfen, ohne dabei ihre Handlungen notwendigerweise zu koordinieren, wechselseitig zu begleiten oder grundlegende Werte zu teilen.“ (Hajer 2004, S. 281)

Für Hajer (2002, S. 63) ist ein Diskurs „ein Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien, durch die einem Phänomen Bedeutung gegeben wird.“ Er folgt dabei einem archäologischen Diskursverständnis, insofern Diskurs für ihn ein Phänomen bezeichnet, das in politischen Kontroversen produziert und „vom Forschenden aufgedeckt wird.“ Hajer argumentiert dabei, dass politische Akteure stets darum bemüht sind, regelungsbedürftige Handlungsprobleme zu identifizieren und dafür Deutungen zu generieren, die Aussicht auf Legitimation haben. Das tun Akteure vor allem, indem sie Erzählungen entwerfen oder sich bereits etablierten Erzählungen anschließen, die den verhandelten Tatsachen und Ereignis-

4 Mit agency sind hier die Praktiken von Akteuren gemeint, sprich deren Argumentationen, die Entwicklung von Storylines sowie die Bildung von Diskurskoalitionen (Hajer 2006, S. 66–69).

sen eine unterstützende Plausibilität verleihen (Hajer 1995). Diese Erzählungen werden dann in bestimmten Situationen argumentativ verwendet, um andere politische Akteure von ihren jeweiligen Deutungen der politischen Realität zu überzeugen oder sich konkurrierenden Deutungsangeboten entgegenzustellen. Hajer nutzte in seiner wegweisenden Klima-Studie beispielsweise die Debatten um die Ursachen und Folgen des Waldsterbens in den Niederlanden und in Großbritannien und konnte zeigen, dass die Debatte in den Niederlanden gerade deshalb politisch wirksamer geführt werden konnte, weil dort die Storyline des „sauren Regens“ das Problem des Waldsterbens als ein politisches Problem darstellen konnte, wohingegen das Ausbleiben einer vergleichbaren metaphorischen Deutungspraxis in Großbritannien die Formung einer ähnlich parteiübergreifenden Diskurskoalition verhinderte. Storylines, Metaphern, Ideen, Konzepte und andere linguistische Sprachmittel strukturieren demnach die politischen Debatten, stellen Verbindungen zwischen verschiedenen Gruppen von Akteuren her und konstruieren schließlich ein narratives Muster in den Diskursen, das durch andere Akteure aufgegriffen und weiter ausdifferenziert werden kann.

Bei der Analyse von Storylines und den sie formenden Diskurskoalitionen geht es nicht etwa darum, die Kohärenz einer Argumentationslinie zu untersuchen, sondern die spezifische Interpretation der Realität der politischen Akteure ans Licht zu bringen. Bei Hajer, der in seiner konzeptionellen Arbeit am Begriff der Storyline auf die Arbeiten von Davies und Harré (1990) zurückgreift, geht es

„weniger um Fakten, policy-bezogene Ideen und Überzeugungen als um Storylines, die auf sehr allgemeinem Wissen beruhen, aber soziale Orientierung geben, indem sie Ereignisse, Verantwortlichkeiten und Lösungsmöglichkeiten in ihrer wechselseitigen Bedingtheit vereinfacht darstellen.“ (Münch 2015, S. 127)

Im Falle der Diskussion um die sozioökonomische Ungleichheit kann es aus dieser Perspektive also wenig überraschen, dass der politische Kampf um die Wirklichkeit der Ungleichheit vor allem ein Deutungskampf über die „richtige“ Generierung der Fakten ist, der bereits auf der Ebene der Problembeschreibung beginnt und im Zuge der Kontroverse nur noch per Übereinkunft gelöst werden kann. „Reine Fakten“ im strengen Sinn gibt es also nicht, allenfalls eine auf geteilten Storylines begründete „Faktenlage“ ist durch Storylines geprägt und damit stets kontingent ist, erzeugt aber dennoch Gewissheit und lässt politische Handlungsfähigkeit zu.⁵ Dieses Verständnis spiegelt sich in vielen Aspekten

5 Dieser epistemologische Ansatz weist Parallelen zu Bruno Latours „Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft“ auf, in der er fünf Quellen der gesellschaftlichen Unbestimmtheit, darunter die Unbestimmtheit von „unbestreitbare Tatsachen versus

auch in der politikwissenschaftlichen Narrativforschung wieder, die sich in drei Schritten auf die Identifikation von Leitmetaphern, Rollenmustern und die Ausformung zeitlicher Horizonte in einem ausgewählten politischen Kontext fokussiert (Somers 1994; Gadinger et al. 2014; Yildiz et al. 2018).

Storylines können demnach aus unterschiedlichen erzählerischen Elementen wie Metaphern, Rollenkonstrukten und Plots bestehen und dabei historische Analogien, Mythen und kollektive Emotionen ansprechen. Sie erfüllen eine Reihe wichtiger kommunikativer Funktionen, denn sie können die Komplexität eines diffusen Problems reduzieren und dadurch kompakte Lösungen oder Alternativen anbieten und sind zugleich offen genug, um anderen politischen Akteuren den Zugang zum politischen Deutungsprozess nicht zu verschließen. In Hajers Beispiel kann die naturwissenschaftliche Komplexität des Waldsterbens gerade durch die Verwendung der Storylines ausgeklammert und dennoch über das abstrakte Phänomen kommuniziert werden. In unserem Fall wird beispielsweise der komplexe Prozess der ökonomischen Umverteilung durch vertikale Metaphoriken wie „von oben nach unten“ oder „von unten nach oben“ greifbar, ohne von den steuer-, finanz- oder wirtschaftspolitische Detailkenntnisse zu verlangen. Die „Schere“ wurde in diesem Rahmen zu einer wirkmächtigen Metapher, um die Situation nicht nur historisch einordnen zu können, sondern auch, um sie in einer moralisch aufgeladenen Sprache auszutragen. Erkennbar wird dies vor allem daran, dass eine politische Wende meist mit dem Aufkommen neuer Storylines einhergeht. Oder anders gesagt: „Finding the appropriate storyline becomes an important form of agency“ (Hajer 1995, S. 56). Insofern bieten Storylines politischen Akteuren eine Grundlage, um Interpretationen und Argumentationen auf einer sprachlichen Ebene sinnvoll zu verknüpfen, was einer politischen Position wiederum Kohärenz verleiht und politische Entscheidungen mit Legitimität versorgt.

Eine Diskurskoalition wird geschaffen, wenn eine Gruppe von Akteuren die gleichen Praktiken (Routinen, Regeln und Normen) besitzt und ähnliche Erzählstränge verwendet, um auf einen Diskurs einzuwirken oder ihn zu transformieren: „Unter Diskurskoalition versteht Hajer eine Gruppe von Akteuren, die ein bestimmtes Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien teilen und durch sogenannte narratives oder story-

umstrittene Tatsachen“, bespricht. Hier argumentiert Latour, dass „Tatsachen und Objektivität“ nicht für sich stehen, sondern durch Akteure und etablierte Netzwerke hergestellt werden. Dies bedeutet zwar nicht, dass wissenschaftliche Ergebnisse zwangsläufig falsch oder fehlerhaft sein müssen, sondern nur, dass sie immer wieder hinterfragt werden können. Für die Wissenschaft komme es vor allem darauf an, „sorgfältig zwischen verschiedenen Wegen die Wahrheit zu finden und verschiedenen Wahrheitsansprüchen zu unterscheiden“ (Ruffing 2009, S. 99).

lines zusammengehalten werden“ (Fuchs 2010, S. 36). Hajer (2006) hebt dabei hervor, dass die Analyse nicht auf Sprache beschränkt ist, sondern sich ebenso auf die Machtverhältnisse wie auf die Institutionen einer politischen Ordnung erstreckt. Diese Form der Diskursanalyse ist deshalb für die Untersuchung von Politikfeldern und ihre Kontroversen besonders nützlich (siehe hierzu auch Stone 1988). Dies gilt sowohl mit Blick auf jene Diskurskoalitionen, die neue oder bislang marginalisierte Handlungsprobleme adressieren oder an ihren Lösungsstrategien arbeiten, als auch für solche Storylines, die die Diskussionen hegemonial dominieren und die Deutungen des Status quo unterstützen. In beiden Fällen wird Hegemonie in einem Diskurs durch die erfolgreiche Etablierung einer dominanten Storyline und die Institutionalisierung zusammenhängender Ideen und Praktiken geschaffen (Hajer 2004, 2006; Viehöver 2011). Dies geschieht in zwei Schritten: „Zum einen muss der Diskurs den diskursiven Raum um ein Problem beherrschen (Diskursstrukturierung). Zum anderen muss der Diskurs institutionalisiert sein, um als legitim angesehen zu werden (Diskursinstitutionalisierung)“ (Uther 2014, S. 81).

Ein weiterer wichtiger Aspekt, auf den in der empirischen Analyse zu achten ist, liegt darin, dass eine dominante Storyline auch andere, selbst gegenläufige Storylines usurpieren kann, vor allem dann, wenn es gelingt, den kommunikativen Bezugsrahmen der gesamten Diskussion um das Phänomen zu prägen (Hajer 1995). Mit der weit verbreiteten Akzeptanz einer gewissen Storyline in einem Politikfeld eröffnet sich wiederum die Möglichkeit, die Diskussion durch ein neues Framing neu zu gestalten.⁶ Wenn es darüber hinaus gelingt, dass bestimmte Themen nicht mehr angesprochen, hinterfragt oder auch akzeptiert werden, ist eine Storyline im Diskurs zur Dominanz gelangt (Hajer 2010, S. 281).

Zusammengefasst ermöglicht die Diskursanalyse nach Hajer ein besseres Verständnis über Debatten, die nicht zwangsläufig in Bezug auf rationale Argumentationslinien, sondern im Sinne von argumentativen Interpretationen durch Diskurskoalitionen in politischen Diskussionen eingebracht und angewendet werden. Dadurch wird nicht nur die Reproduktion von Machtverhältnissen erklärbar, sondern auch der Wandel von Diskursen, die bei Hajer als „Institutionalisierung“ bezeichnet werden und auf die materielle Verankerung neuer Praktiken hinweisen.

6 Mit Framing bezeichnet Erving Goffman „das Einbetten eines Themas in ein bestimmtes Bedeutungsfeld“ (vgl. Goffman 1974; http://luhmann.uni-trier.de/index.php?title=Goffmann:_Framing, Abruf am 09.04.2019).

3. Empirische Herangehensweise: Korpusanalyse

Ausgehend von unserer Forschungsfrage nach den zentralen Storylines in der politischen Debatte um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland besteht unser Korpus aus dem GermaParl-Korpus (Blätte 2017a), das die Plenardebatten des Deutschen Bundestags umfasst, sowie aus einem Medienkorpus aus ZEIT, Welt und taz.⁷ Dieses so zusammengestellte Korpus umfasst den Zeitraum von 2005 bis 2015 und bietet einen substanziellen Überblick über die wesentlichen Debatten zu sozioökonomischer Ungleichheit in unserem Untersuchungszeitraum, da neben den beiden Arenen Politik und Medien ein breites politisches Spektrum im Korpus abgebildet wird. Es wird von der Annahme ausgegangen, dass ein Diskurs niemals vollständig erfasst werden kann, sondern immer nur durch eine gut begründete Selektion textueller Materialien die Aspekte sichtbar gemacht werden können, die für die jeweilige Fragestellung relevant sind (vgl. Keller 2012 et al.). Diskurse lassen sich demnach nicht exakt vermessen und auch aus forschungspraktischer Sicht können nur begrenzte Textmengen interpretativ erschlossen werden.

Die Kriterien für die Zusammenstellung des Untersuchungskorpus ergeben sich aus unserer Fragestellung. Es sind nur solche Materialien relevant, die sich auf den Zeitraum von 2005 bis 2015 datieren lassen. Der hauptsächliche Untersuchungsfokus auf die Jahre 2007 bis 2013 wird im Korpus jeweils um zwei Jahre erweitert, weil sich Veränderungen in Diskursen häufig leise ankündigen und ihre Verschiebungen erst nach einiger Zeit erkennbar werden (Christou/Croft 2014, S. 44). Zwei inhaltliche Kriterien ergänzen diese zeitliche Eingrenzung. Erstens soll ein breites Spektrum des öffentlichen Diskurses in das Korpus einbezogen werden. Dazu werden drei klassische Print/Online-Medien in die Analyse miteinbezogen: die liberal-konservative WELT, die linksliberale ZEIT und die linksalternative taz. Mit dieser Auswahl wird nicht der Anspruch verfolgt, den Diskurs vollständig abzubilden, sondern er verfolgt das Ziel, besonders markante Storylines zu finden. Zweitens interessiert uns, ob der Diskurs in der medialen Öffentlichkeit anders strukturiert ist als in den Institutionen der politischen Entscheidungsfindung, und was diese Unterschiede kennzeichnet. Deshalb wurden auch die Plenarprotokolle des Bundestags in das Korpus integriert. Die empirische Basis der Analyse umfasst damit ungefähr 1,6 Millionen Zeitungsartikel im Medienkorpus

7 Die Korpora wurden als cwb-Korpora im PolMine-Projekt (<https://polmine.github.io/>, Abruf am 09.04.2019) aufbereitet und uns großzügig zur Verfügung gestellt.

sowie alle Bundestagsreden aus dem GermaParl-Korpus (Blätte 2017a) zwischen 2005 und 2015.

Für unsere Analyse sind die Teile des Korpus relevant, in denen Ungleichheit thematisiert wird. Hierfür wird ein sogenannter diktionsbasierter Ansatz verwendet. Eine methodische Herausforderung dabei ist, dass „soziale“ oder „sozioökonomische Ungleichheit“ ein relativ technischer Begriff ist, der in politischen Kontroversen nur spärlich verwendet wird, vermutlich aufgrund mangelnder rhetorischer Attraktivität. Nicht immer, wenn von sozioökonomischer Ungleichheit gesprochen wird, wird also auch der Begriff der sozialen bzw. sozioökonomischen Ungleichheit verwendet. Deshalb wurden eine Reihe von sowohl technischen Ersatzbegriffe (wie Einkommen, Vermögen, Chancen oder Bildung) als auch metaphorische Sprachformen (wie die Rede von der sich öffnenden „Schere“ oder dem „Auseinanderdriften der Gesellschaft“) berücksichtigt. Es wird also ein thematisches Diktionär verwendet, das zentrale Begriffe des Ungleichheitsdiskurses umfasst. Dieses Diktionär setzt sich aus Begriffen zusammen, die sich in der Literatur (Petring 2016; Schröder/Vietze 2015) sowie in den Interviews als einschlägig erwiesen haben.⁸

Im ersten Schritt der empirischen Untersuchung werden vor diesem Hintergrund Frequenzanalysen durchgeführt⁹, die zeigen, wie sich die Intensität der Kommunikation über sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland verändert. Damit lässt sich ein erster Eindruck darüber gewinnen, wie sich die Relevanz der Debatte verändert, insofern „die Häufigkeit von inhaltlichen Merkmalen ein Indikator für deren Wichtigkeit“ (Mohler 1989, S. 106) ist. Die Häufigkeitsanalyse entspricht dem Vorgehen bisheriger Forschung zur Medienberichterstattung über sozioökonomische Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit (Köppe et al. 2007, S. 231; McCall 2013; Petring 2016; Schröder/Vietze 2015). Allerdings beschränkt sich die Frequenzanalyse nicht darauf, über den Indikator der Häufigkeit die Relevanz eines Themas zu bestimmen. Frequenzlisten können auch Aufschluss über die Träger der Diskurse liefern und sichtbar machen, wann von welchen Akteuren bzw. Medien das Thema der Ungleichheit aufgegriffen wird und mit welchen sekundären Begriff-

8 Die ausgewählten Begriffe sind: Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit, Einkommen und Vermögen, Einkommensungleichheit, Einkommensunterschiede, Schere zwischen Arm und Reich, Kluft zwischen Arm und Reich, Vermögensungleichheit, Kampf um Armut, Arm und Reich, Klassengesellschaft, Leistungsgerechtigkeit, Umverteilung, Unterschicht, Vermögensungleichheit, Verteilungskampf, soziale Ungleichheit, sozialer Auf- und Abstieg, soziales Miteinander, ungleiche Einkommen, Auseinanderdriften, ungleiche Löhne, ungleiche Vermögen.

9 Die quantitativen Analysen wurden in R mit Hilfe des R-Pakets polmineR erstellt (Blätte 2017b).

lichkeiten dies geschieht. Gerade für die Prozesse des Agenda-Settings ist die Frequenzanalyse deshalb von herausragender Bedeutung (Lüter 2007; Jäckel 2011 zitiert in Schröder/Vietze 2015, S. 45).

Im zweiten empirischen Teil werden ausgewählte Diskursfragmente mit dem Ziel analysiert, die prägenden Diskurskoalitionen und Storylines genauer herauszuarbeiten. Hierfür werden vier Subkorpora erstellt, wozu das gesamte Korpus entlang des Diktionärs auf jeden 15. Treffer begrenzt und entsprechend sortiert wird. Insgesamt werden auf diese Weise über 1.000 Zeitungsartikel und Bundestagsreden analysiert. Dabei wird ein Fokus auf die Frage gelegt, welche diskursiven und linguistischen Strategien in der Diskussion verwendet werden, beispielsweise Beschreibungen, Polarisierungen, Verallgemeinerungen und Metaphern als Sprachmittel. Die Analyse wurde mittels der Software MAXQDA kodiert und ausgewertet.

4. Empirische Ergebnisse

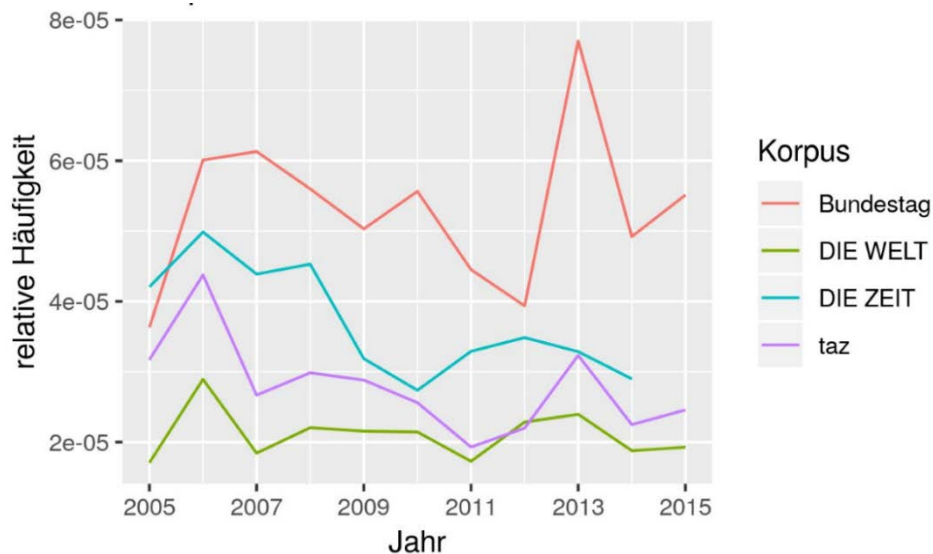
4.1 Korpusanalyse: Frequenzanalyse

Die quantitative Analyse erfolgt in drei Schritten: der ersten Darstellung der relativen Häufigkeitsverteilungen in den vier Teilkorpora (Bundestag, ZEIT, WELT, taz) folgt ein Präzisionsverfahren, in dem zweitens das Bundestagskorpus nach Fraktionen aufgeschlüsselt und drittens die Verteilung der einzelnen Begriffe analysiert wird.

In einer ersten Annäherung an das Korpus wurde eine Frequenzverteilung des gesamten aggregierten Diktionärs über alle vier Teilkorpora (Bundestag, ZEIT, WELT, taz) erstellt. In Abbildungen 1 und 2 ist auf der y-Achse die Verteilung relativer Häufigkeiten zu sehen, für die die Anzahl der Treffer durch die Anzahl aller Worte im jeweiligen Jahr geteilt wurde. Durch diese Vorgehensweise wird eine normalisierte Verteilung sichtbar, die Schwankungen in der Korpusgröße ausgleicht. Beispielsweise gibt es in Jahren, in denen eine Bundestagswahl stattfand (2005, 2009 und 2013), erheblich weniger Plenardebatten als in Jahren ohne Wahl. Eine einfache Auflistung der Worthäufigkeiten könnte daher den Eindruck vermitteln, dass ein Wort nicht mehr so häufig verwendet wird, obwohl es den gleichen Anteil an allen Worten hat, da insgesamt in diesem Jahr weniger Debatten stattfanden. Solche Verzerrungen werden mit relativen Häufigkeiten verhindert. Die Zahlen auf der y-Achse sind als Prozentangaben zu lesen, welche die relative Häufigkeit der Wörter aus dem Diktionär in den unterschiedlichen Korpora angibt¹⁰.

10 In Abbildungen 1 und 2 ist dies z. B. als Wörter pro Million zu verstehen, sprich pro eine Million Wörter stammen in dem Fall 100 Wörter aus unserem Diktionär mit Begriffen zur Ungleichheitsdebatte (0,0001 %). Aus dieser Zahl kann nicht abgelesen werden, ob „sozioökonomische Ungleichheit“ im Vergleich zu anderen Themen wichtig oder unwichtig ist. Hier interessiert uns nur, wie sich das Thema über die Zeit und im Vergleich der Akteure entwickelt hat.

Abbildung 1: Frequenz des Wörterbuchs nach Medium



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 1 zeigt anhand der relativen Häufigkeit, wie oft die Begriffe unseres thematischen Diktionärs in den vier Teilkorpora im Zeitraum von 2005 bis 2015 verwendet wurden. Aus dieser Grafik können erste Thesen entwickelt werden, wie sich der Diskurs im Untersuchungszeitraum entwickelt hat. Es fällt auf, dass sich die vier Linien über den gesamten Betrachtungszeitraum größtenteils parallel zueinander entwickeln. Zu Beginn des Zeitraums, im Jahr 2006, befinden sich alle Linien auf einem sehr hohen Niveau, welches nur bei den Plenardebatten vom Jahr 2013 übertroffen wird. In den folgenden Jahren ist ein konstanter Rückgang zu beobachten, der im Jahr 2013 vor allem in den Plenardebatten von einem steilen Anstieg abgelöst wird, der auch bei der taz sichtbar ist. Dieser thematische Höhepunkt ist jedoch im darauffolgenden Jahr 2014 fast vollständig verschwunden. Das Niveau fällt auf die Höhe von 2012 ab. Von diesem Verlauf – Höhepunkt 2006, langsamer Abstieg, kurzer Peak in 2013 gefolgt von starkem Rückgang – weichen zwei Fälle ab: Im Korpus der WELT ist nur ein Höhepunkt (2006) sichtbar, in der restlichen Zeit scheint das Thema dort keine große Rolle mehr zu spielen; das ZEIT-Korpus dagegen lässt 2011 bereits eine verstärkte Hinwendung zum Thema „sozioökonomische Ungleichheit“ erkennen, scheint dafür aber den Trend von 2013 nicht mitzutragen. Das deutet auf eine Art Vorläuferrolle hin.

Wie lässt sich diese Entwicklung vor dem Hintergrund des Ereigniskontextes genauer interpretieren? Der Beginn des Zeitraums ist von der

Verabschiedung der Agenda 2010 und den Protesten dagegen geprägt. Nach den Bundestagswahlen 2005 zog ein Linksbündnis aus WASG und PDS (die heutige LINKE) mit 8,7 Prozent der Wählerstimmen in den Bundestag ein. Das zentrale Thema dieses Linksbündnisses war der Protest gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Regierung Schröder II, in denen die soziale Ungerechtigkeit der Reformen angeprangert wurde. In den folgenden Jahren verbesserte sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die Arbeitslosenzahlen sanken und die Proteste gegen die Agenda-Politik gingen zurück.

Erst 2013 ist wieder ein deutlicher Anstieg des Themas vor allem in den Plenardebatten des Bundestages zu beobachten. Der Bundestagswahlkampf 2013 war stark von einer Debatte um die steuerpolitischen Vorschläge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNEN) geprägt, die beide offensiv ein Programm der gesellschaftlichen Umverteilung formuliert hatten. Bemerkenswert ist, dass das Thema im Jahr nach der Wahl stark zurückgegangen ist. Interessanterweise ist der Bundestagswahlkampf 2009 in den Daten nicht als Spitze sichtbar. Markantes Ergebnis der Bundestagswahl 2009 war das überraschend starke Abschneiden der FDP mit 14,6 Prozent und der Absturz der SPD auf 23 Prozent.

Aus dieser kurzen Kontextualisierung der Daten lässt sich die These entwickeln, dass die Debatte um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland zu Beginn des Untersuchungszeitraums von der Diskussion um die Sozialreformen der rot-grünen Bundesregierung geprägt war, die vor allem von einem Linksbündnis getragen und anschließend zunehmend stiller wurde. 2013 wurden im Wahlkampf ambitionierte Reformpläne von SPD und den GRÜNEN vorgelegt, die eine Reform der Einkommenssteuer und die Einführung des Mindestlohns planten. Mit der neuerlichen Großen Koalition (GroKo) ab Ende 2013 verstummte die Debatte jedoch wieder.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Zeitreihen der Teilkorpora in einer Darstellung zusammengefasst, auch wenn bei der Interpretation von Abbildung 1 beachtet werden muss, dass nur die Tendenz der Häufigkeiten vergleichbar ist, aufgrund der Korpuszusammensetzung nicht aber die absolute Höhe. Die Interpretation der absoluten Höhe ist mit Unsicherheiten verbunden, die mit der unterschiedlichen Zusammensetzung und Größe der jeweiligen Korpora einhergehen. Die Linien der Medienkorpora beispielsweise verlaufen unterhalb der Parlamentslinie, ohne dass dies zwangsläufig bedeuten muss, dass sozioökonomische Ungleichheit innerhalb der Medien eine geringere Rolle spielen würde als im Parlament. Zwar wurden bestimmte Rubriken (Sport, Lifestyle, Regionales, Motor, Bilder-des-Tages, Newsticker und Reisetage)

nicht in das Medienkorpus aufgenommen, aber die thematische Breite medialer Berichterstattungen wirkt sich dennoch reduzierend auf die absolute Höhe der Kurven aus und lässt diesbezüglich noch keine eindeutigen Schlüsse zu. Da aber die Entwicklung der Kurven von diesen Unsicherheiten nicht betroffen sind, lassen sich dennoch wichtige Erkenntnisse aus dem Datenmaterial ziehen.

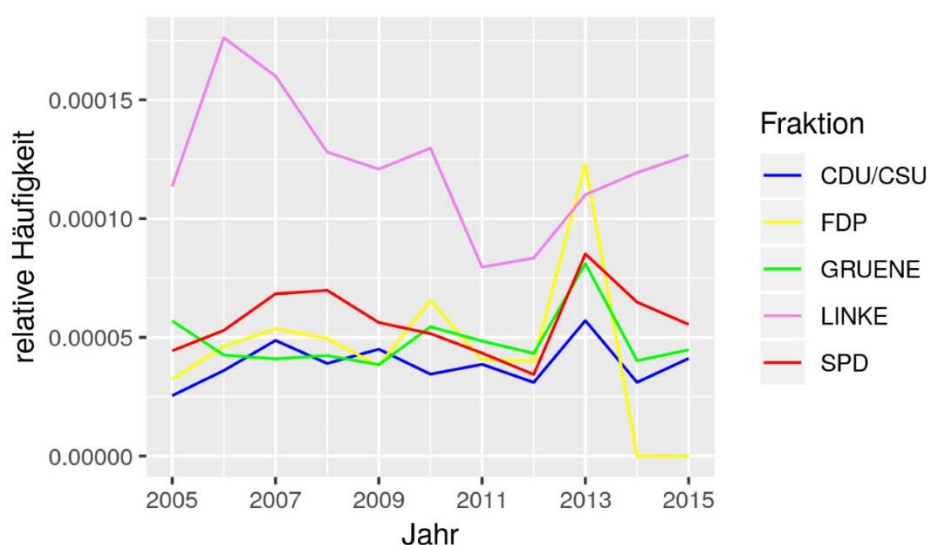
Die gleiche Analyse relativer Häufigkeiten mit dem Diktionär, durchgeführt im Plenarkorpus und aufgeschlüsselt nach Fraktionen (Abbildung 2), untermauert diese Interpretation. Wie in Abbildung 1, ist auf der y-Achse die relative Häufigkeit der Begriffe dargestellt. Die relative Frequenz normalisiert hier die unterschiedlichen Redeanteile, die sich aus den Fraktionsgrößen ergeben. Bei vier der fünf im Parlament vertretenen Parteien zeigt sich ein ähnlicher Verlauf. Anders als bei Abbildung 1 ist bei Abbildung 2 die absolute Höhe der Häufigkeiten vergleichbar, da die Daten aus demselben Korpus stammen. Die Begriffe des thematischen Wörterbuchs werden in konstanter Häufigkeit verwendet, bevor es 2013 einen deutlichen Anstieg gibt. Nur die Fraktion der LINKEN bildet eine Ausnahme. Mit deutlichem Abstand ist sie die Fraktion, deren Rednerinnen und Redner am häufigsten das analysierte Vokabular verwenden. Dieser Befund ist insofern wenig überraschend, da für DIE LINKE die Kritik sozioökonomischer Ungleichheit ein zentraler programmatischer Schwerpunkt bildet.

Die Daten bestätigen die These, dass die Debatte um sozioökonomische Ungleichheit zu Beginn des Untersuchungszeitraums vor allem von der LINKEN getragen wurde. Zu dieser Zeit war sie die einzige Fraktion im Bundestag, die deutlich gegen die Agenda-Reformen protestierte. Allerdings zeigt sich in den folgenden Jahren, dass das Thema an Gewicht verliert. Der oben beobachtete Rückgang ist allein auf Veränderungen in den Reden der LINKEN zurückzuführen. Der deutliche Anstieg 2013 zeigt sich im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren in allen Fraktionen, nur die Unions-Fraktion bleibt etwas zurück. Bereits vor der detaillierten Analyse der einzelnen Reden zeigt sich im Wahlkampfjahr 2013 eine Veränderung der Plenardebatten.

An diesem Punkt der Analyse lassen sich noch keine Aussagen darüber treffen, ob sozioökonomische Ungleichheit als gesellschaftliches Problem thematisiert wird oder ob beispielsweise FDP und Union (CDU/CSU) von den anderen Fraktionen in eine Debatte verwickelt wurden. Die Form parlamentarischer Debatten mit Rede und Gegenrede führt dazu, dass es häufig nicht aussagekräftig ist, wer sich zu einem Thema äußert, sondern ob diese Äußerungen zustimmend oder ablehnend sind. Dennoch lassen sich zwei Beobachtungen festhalten: Im Wahljahr 2013 gab es erstens eine Debatte um sozioökonomische Un-

gleichheit, an der alle im Bundestag vertretenen Parteien teilgenommen haben. Zweitens zeigen die vorhergehenden Jahre, dass die Bemühungen der LINKEN, sozioökonomische Ungleichheit zu thematisieren, von den anderen Fraktionen ignoriert wurden. Damit wird in unseren Daten die These untermauert, dass die Frage der sozioökonomischen Ungleichheit zusammen mit der LINKEN relativ lange an den politischen Rand gedrängt wurde.

Abbildung 2: Frequenz des Wörterbuchs nach Fraktionen



Quelle: Eigene Darstellung

Die Abbildungen 1 und 2 geben einen ersten Hinweis auf die zeitliche Entwicklung der Ungleichheitsdebatte. Die reine Darstellung der relativen Häufigkeiten liefert jedoch noch keinen Interpretationsansatz dazu, wie sozioökonomische Ungleichheit von verschiedenen Akteure jeweils thematisiert wird. Beispielsweise ist zwischen allen Fraktionen des Bundestags mit Ausnahme der LINKEN die Häufigkeit, mit der sozioökonomische Ungleichheit thematisiert wird, relativ ähnlich. Ob dies allerdings auch impliziert, ob die Fraktionen inhaltlich die gleiche Deutung vertreten, lässt sich daraus noch nicht schließen. Diese Frage erfordert einen interpretativen Ansatz, der darüber Aufschluss gibt, durch welche Storylines die Debatte geführt wurde. Jenseits der Verwendungshäufigkeit bestimmter Begriffe ist eine qualitative Analyse der Debatte durchzuführen, in der inhaltliche Aussagen zum Untersuchungsgegenstand präzisiert werden können.

Ein erster Schritt in Richtung einer solchen Interpretation mittels Textmining, wie einzelne Aspekte der sozioökonomischen Ungleichheit gewichtet sind, wird durch Abbildung 3, Balken der Suchbegriffe ermöglicht. Hier sind auf der vertikalen Achse alle Suchbegriffe abgebildet, die in unserem thematischen Korpus enthalten sind^{11,12}. Auf der horizontalen Achse sind die relativen Häufigkeiten für den jeweiligen Suchbegriff als Balken dargestellt. Je länger der Balken ist, desto häufiger ist also ein Begriff im jeweiligen Korpus vorhanden. Die drei Medienkorpora und das Parlamentskorpus sind durch unterschiedliche Farben gekennzeichnet.

Interessant sind in dieser Abbildung sowohl markante Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zwischen den Subkorpora. „Umverteilung“ gehört in allen vier Korpora zu den häufigsten Begriffen des Diktionärs, wobei er in der WELT etwas seltener vertreten ist. In den drei Medienkorpora gehört „Unterschicht“ zu den prägendsten Begriffen, im Parlament wird er hingegen eher selten verwendet. „Chancengleichheit“ als dritter besonders häufig verwendeter Begriff findet sich im Gegensatz dazu vor allem im Bundestag. An diesen drei Begriffen zeigt sich eine erste thematische Akzentuierung. Im Parlament zeigt sich ein Fokus auf Chancengleichheit und damit Bildung im Gegensatz zu einer materiellen „Umverteilung“. In der liberal-konservativen WELT besteht offenbar Zurückhaltung gegenüber einer Diskussion um Umverteilung.

Die dargestellten Erkenntnisse, die aus einer quantitativen Analyse der Korpora gewonnen werden konnten, geben einen ersten Einblick in die Debatte. Die Analyse zeigt einen Verlauf der Ungleichheitsdebatte über zehn Jahre, die zwischen den Agenda-Reformen und dem Bundestagswahlkampf 2013 zwischenzeitlich nachgelassen hatte. Zudem wurden erste inhaltliche Unterschiede zwischen den Fraktionen und den vier Teilkorpora sichtbar. Im Folgenden werden diese Ansatzpunkte von einer Diskursanalyse ergänzt, die anhand von Diskursfragmenten eine substanzielle Rekonstruktion des Diskurses erlaubt.

Auch für Abbildung 3 gilt der Interpretationshinweis für den Vergleich der drei Medienkorpora, dass die Länge der Balken zwischen den Korpora nicht direkt vergleichbar ist. Die Suchbegriffe in der Abbildung sind aus Gründen der Lesbarkeit vereinfacht dargestellt. Für die Abfrage im Korpus wurde eine cqp-Syntax mit regulären Ausdrücken verwendet, um diverse Wortformen finden zu können. Die regulären Ausdrücke sind in der Grafik vereinfacht enthalten. Der Asterisk markiert beliebige Zeichen bis zum Ende des Wortes, die drei Punkte in der Klammer repräsentie-

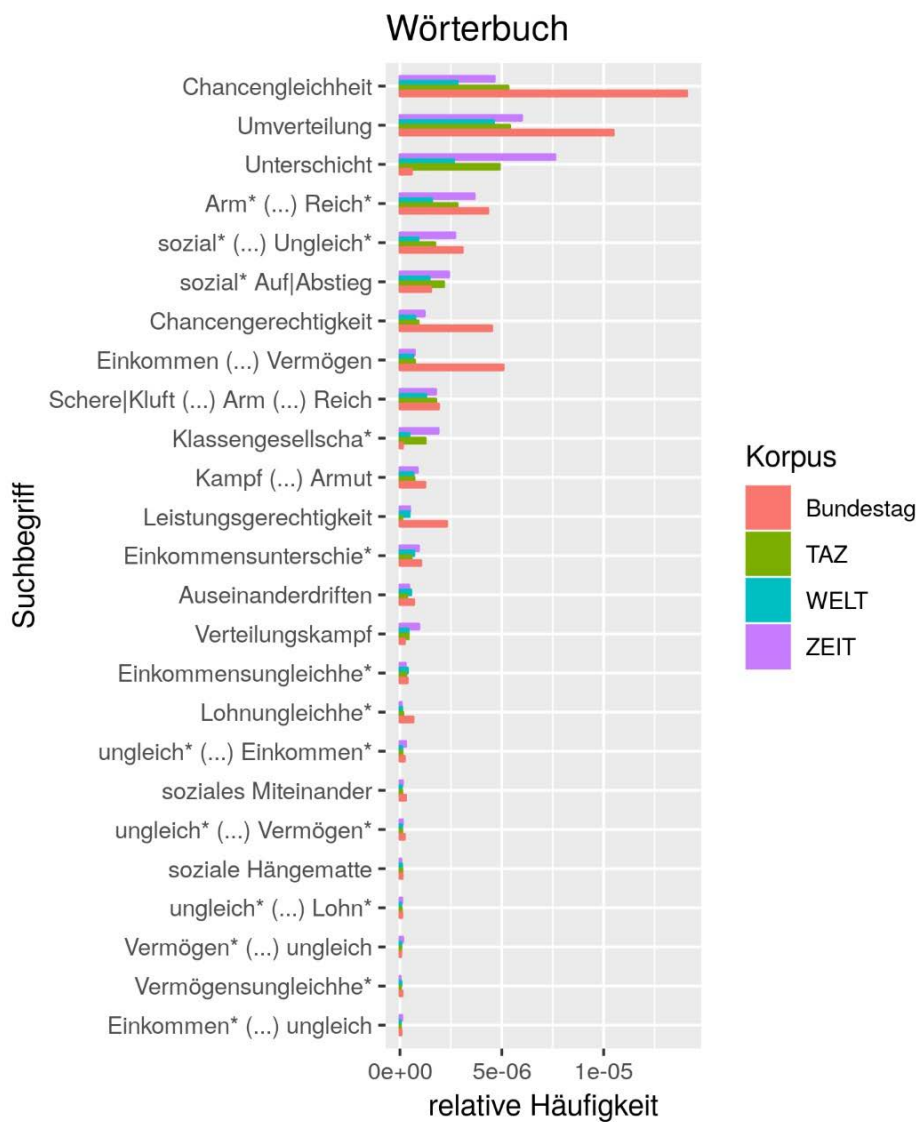
11 Die Begriffe und Begriffskombinationen sind durch regular expressions gemäß der cqp-Syntax angepasst, um alle Flexionsformen der Begriffe im Korpus finden zu können.

12 Eine Alternative Darstellung in Form einer Heatmap befindet sich im Anhang.

ren einen Abstand zwischen den Suchbegriffen von maximal drei Worten.

Eine alternative Darstellung dieser Ergebnisse in Form einer Heatmap ist im Anhang zu finden.

Abbildung 3: Relative Häufigkeiten der Suchbegriffe im Korpus



Quelle: Eigene Darstellung

4.2 Diskursanalyse

In diesem Teil werden die zentralen Storylines und ihre Träger diskursanalytisch rekonstruiert. Dabei gilt zu beachten, dass Zeitungen keine neutralen Akteure sind, die über sozioökonomische Ungleichheit „objektiv“ informieren, sondern die Berichterstattung unter anderem durch ihre Themenauswahl gewichten und so die öffentliche Willensbildung prägen. Die WELT (siehe Tabelle) berichtet z. B. sowohl bei Meinungsbeiträgen und Interviews als auch bei Analysen und Nachrichten weitaus häufiger über Leistungsgerechtigkeit und das Leistungsversprechen. In ähnlicher Weise wird die „Schere zwischen Arm und Reich“ in der taz mit einer größeren Dramaturgie behandelt als in den anderen Printmedien. Gleichwohl können in journalistischen wie politischen Diskursräumen ähnliche Storylines identifiziert werden. Der oben beschriebene Zusammenhang der relativen Häufigkeitsverteilungen schlägt sich offenbar auch in qualitativer Hinsicht nieder. Es kann also vermutet werden, dass die zu identifizierenden Diskurskoalitionen heterogen zusammengesetzt sind und die kommunikativen Bindungen nicht an den institutionellen Grenzen der Diskursräume haltmachen, wenngleich Institutionen durchaus strukturierend auf die Diskursverläufe einwirken können (Nonhoff et al. 2014; Yildiz et al. 2018).

Vor diesem Hintergrund lassen sich drei Storylines (siehe Tabelle 1) aus dem Korpus herauslesen, die mit jeweils eigenen Interpretationsregeln die Wahrnehmung und den kommunikativen Austausch über das Thema „sozioökonomische Ungleichheit“ strukturieren. Abbildung 4 fasst diese überblicksartig zusammen.

Abbildung 4:Übersicht Storylines

Storyline	Allgemeine Grundsätze, Weltanschauung	Hauptbegriffe und Metaphern	Interpretative Deutung des Problems	Diskurskoalitionen
Leistungs-gesellschaft	Leistungsgerechtigkeit, Eigenverantwortung, Meritokratie, Chancengerechtigkeit, marktkonforme Demokratie, Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung	Arbeit als „Sprungbrett“ zum Erfolg und aus der sozialen „Hängematte“, „schwarze Null“, „Fordern und Fördern“, keine „Gleichmacherei“, das „Leistungsversprechen“, „Vollbeschäftigung“, Eigenverantwortung, „den Deutschen geht es gut“.	Fokus auf Zeitraum ab 2005. Ungleichheit nimmt seitdem nicht zu, bleibt entweder stabil oder nimmt ab. Agenda 2010 und gute Beschäftigungsquoten haben soziale Probleme reduziert. Ein gewisses Maß an Ungleichheit wichtig, um Arbeiter anzufordern. Die aktuelle Verteilungslage ist gerecht.	Liberal-konservative Presse, wirtschaftsliberaler Flügel der CDU-CSU, ordoliberaler Flügel der CDU-CSU, FDP, IW Köln, INSM, Ifo-Institut
Kompromiss-gesellschaft bzw. Ausgleichs-gesellschaft	Chancengleichheit, Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit, soziale Regulierung, Teilhabe, Fairness, gerechte Verteilung, Dritter Weg	Die „starke Mitte“ und Zugang zur Mittelschicht als Grundlage einer gerechten Gesellschaft. „Gute Arbeit“, Erfolgreiche Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit sind komplementär, „Fahrstuhlgesellschaft“	Fokus auf Zeitraum ab 1980. Ungleichheit ist bis 2005 signifikant gestiegen. Hartz-IV war notwendig, kann korrigiert werden. Wichtige Fortschritte seitdem: Mindestlohn, Tarifverhandlungen. Normalarbeitsverhältnis wächst. Ungleichheit muss aber weiterhin bekämpft werden.	Linksliberale Presse, Mitte-Links Flügel der SPD, die Grünen, Gewerkschaften, Caritas, DIW, IMF, OECD, Weltbank, kirchliche Institutionen

Abstiegs- gesell- schaft	Verteilungsge- rechtigkeit, Anti- Neoliberalismus, Postwachstum, Anti- Prekarisierung, klassisch sozial- demokratische bzw. sozialistische Lösungen	„Abstiegsgesell- schaft“, „neuer Klassenkampf“, „Zweidrittel- Demokratie“, Kampf gegen Ver- teilung von „unten nach oben“, „Gier der Wenige“, „Gewinne werden privatisiert und die Verluste soziali- siert“, „Rolltrep- peneffekt“, „de- mokratiekonfor- mer Markt“	Fokus auf Zeit- raum ab 1980. Ungleichheit steigt massiv und nimmt auch seit 2005 zu. Hartz-IV hat die- ses Phänomen enorm verschärft. Vermögensun- gleichheit wird zu noch größeren Problemen führen. Arbeit wird zu- nehmend flächen- deckend prekär. Demokratie ist bedroht.	Linkskritische Presse, Linksflü- gel der SPD, die LINKE, Sozialver- bände wie der Pa- ritätische, Oxfam, Volkssolidarität, kritische Sozial- wissenschaftlerIn- nen, angelsächsi- sche Literatur zum Thema (u. a. Deaton, Stiglitz, Atkinson)
---	--	--	---	--

Quelle: Eigene Darstellung

Eine erste Storyline in der öffentlichen Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit lässt sich als liberal-konservative Erzählung der Leistungsgesellschaft beschreiben. In deren Zentrum steht der relativierende Umgang mit den wissenschaftlichen Befunden, besonders dem Gini-Koeffizienten, wonach die erhöhte Aufmerksamkeit für sozialökonomische Ungleichheit keineswegs gerechtfertigt sei. Die positive wirtschaftliche Lage Deutschlands sowie das meritokratische Modell der sozialen Marktwirtschaft werden in diesem Erzählmuster als Beweise dafür angeführt, dass die zunehmend lautstarke Ungleichheitsdebatte nicht nur irrtümlich geführt werde und einer verzerrten Wahrnehmung unterliege, sondern den ökonomischen Erfolg Deutschlands schlecht rede (Fuest 2017).

In einer zweiten Storyline wird sozioökonomische Ungleichheit zunehmend zu einem Problem, das unbedingt politisch anzugehen ist, da eine Verteilungsschiefelage zu großer gesellschaftlicher Unruhe führen könne. In dieser Storyline werden Beispiele aus anderen westlichen Ländern zitiert (USA und Großbritannien), in denen die negativen Auswirkungen sozioökonomischer Ungleichheit auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt oft als warnende Beispiele erwähnt werden. Darüber hinaus wird der zeitliche Horizont der Betrachtung ausgeweitet und der Fokus auf die empirischen Befunde der vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte gelegt, die durchaus zeigen, dass die sozioökonomische Un-

gleichheit in Deutschland graduell zugenommen hat. Hier werden schließlich sozialpolitische Reformen wie der Mindestlohn und andere umverteilungsorientierte Sozialmarktreformen als Fortschritte und Lösungsansätze in der Diskussion genannt.

Eine dritte Storyline lässt sich als eine Erzählung der Abstiegsgesellschaft beschreiben und umfasst eine Reihe systemkritischer Narrationen. Demnach befinden sich die meisten Deutschen in einer Abstiegsgesellschaft, in der die Einkommensentwicklung seit dem Mauerfall stagniert oder sinkt, Vermögen in einer zunehmend kleineren elitären Minderheit konzentriert sind, die Prekarisierung von Arbeitsbedingungen sich verfestigen, die sogenannte Unterschicht sich nicht mehr an Wahlen beteiligt und die bundesdeutsche Politik diesen destruktiven Prozess seit Jahrzehnten durch neoliberale, arbeitgeberfreundliche (De-)Regulationen absichtlich fortsetzt (Der Paritätische 2017; Nachtwey 2016; Streck 2016). Hier wird auch argumentiert, dass Phänomene der „Postdemokratie“ (Crouch 2004) auch in Deutschland sichtbar werden: demokratisch gewählte Regierungen vertreten zunehmend die Finanzinteressen globaler Konzerne; Lobbyisten aus dem Finanzbereich üben einen überproportional starken Einfluss aus; signifikante Teile der Bevölkerung sind politisch desinteressiert oder gesellschaftlich entfremdet; der Wohlfahrtsstaat nähert sich zunehmend einer kompletten Privatisierung (Vogl 2015).

Im folgenden Teil werden die Storylines mit ihren entsprechenden Diskurskoalitionen in ihrem sprachlichen Aufbau genauer dargestellt.

Storyline 1: Die Erzählung der Leistungsgesellschaft

Die Storyline der Leistungsgesellschaft besteht aus einer Akteurskonstellation, die dafür plädiert, dass die deutsche demokratische Gesellschaft auf den Grundprinzipien der Leistungsgerechtigkeit und der Eigenverantwortung beruhen sollte. Angesichts unterschiedlicher inhärenter Begabungen werde dies zwangsläufig zu materiellen Ungleichheiten führen, die jedoch deshalb in einer Leistungsgesellschaft auch zu akzeptieren sind. Sozioökonomische Ungleichheit ist dementsprechend in der liberal-konservativen Storyline der Leistungsgesellschaft nicht negativ behaftet, sondern wird als Bestandteil einer freien, marktkonformen Gesellschaft verstanden, die allen BürgerInnen faire Möglichkeiten und Voraussetzungen durch „Chancengerechtigkeit“ am Lebensanfang anbieten sollte. So wird argumentiert, dass jeder selbstverantwortlich sein Leben in die eigene Hand nehmen sollte, um seinen eigenen Erfolg zu erzielen. Metaphorisch spiegelt sich diese Position im gängigen Sprichwort, dass jeder selbst seines Glückes Schmied sei, wieder. Das „Sprungbrett“ dieser meritokratischen Vorstellung ist das Bildungssystem, das als Grundlage einer leistungsgerechten Gesellschaft dienen

sollte. Demnach setzen sich AnhängerInnen der ersten Storyline dafür ein, dass „Leistung sich (wieder) lohnen muss“ und durch die Prinzipien „des Förderns und des Forderns“ gestärkt werden kann, indem der Staat Druck auf inaktive BürgerInnen ausübt, damit sie aus der „Hängematte“ eines großzügigen Sozialstaates herausfinden können (Brauksiepe 2008). So wird in einem Gastbeitrag (Hüther/Straubhaar 2007) in der WELT argumentiert:

„Leistungsgerechtigkeit macht die im Markt bewertete Leistung zum Verteilungsmaß. Grundlage sind faire, alle Teilnehmer besserstellende Verträge.“

Diese Storyline besteht auch aus anderen politischen Weltanschauungen, die sich von einer radikal marktliberalen Argumentationslinie abgrenzen und bürgerlich-konservative Argumentationen umfassen, die auf den wirtschaftspolitischen Traditionen des deutschen Ordoliberalismus beruhen. Dazu gehört die Idee, dass die Regeln und Werte der sozialen Marktwirtschaft konsequent und streng befolgt werden müssen, wenn die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Lande aufrechterhalten werden soll. So schreibt die taz (2015), dass die Ordoliberalen davon ausgehen, dass

„sich die gelobte freie Konkurrenz nicht naturwüchsig entfaltet. Der Staat muss sie vielmehr organisieren, muss den rechtlichen, technischen, sozialen, moralischen und kulturellen Rahmen für das Walten des Markts schaffen – und für die Einhaltung der Regeln sorgen.“

Krisen und gesellschaftliche Umbrüche werden insofern als Abweichungen vom notwendigen Ordnungsrahmen interpretiert, in denen, wie beispielsweise in der globalen Finanzkrise, die Verantwortlichen leichtfertig agiert haben (Mikfeld 2017, S. 31; Schwab 2012). Nach Mikfeld (2017, S: 31–32) versucht diese Perspektive „die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft weiterzuerzählen und ist mit klassischen Topoi wie Freiheit und Verantwortung, Maß und Mitte und dem ‚ehrlichen Kaufmann‘ verknüpft.“ Bezeichnend für diese Denkrichtung ist die Metapher der haushaltspolitischen „schwarzen Null“, die die Stabilität und Budgetdisziplin der deutschen Finanzpolitik verkörpert (Haffert 2016). Diese gemäßigte Argumentationslinie stammt aus dem moderaten Flügel der CDU/CSU.

Die Deutung der Faktenlage über sozioökonomische Ungleichheit ist in der Storyline der Leistungsgesellschaft folgendermaßen aufgebaut: Erstens wird argumentiert, dass die sozioökonomische Ungleichheit ab 2005, also nach der Einführung der Hartz-Reformen und dem Antritt der großen Koalition (2005–2009), stabil anhält und dank positiver Wachstumsraten und steigender Beschäftigtenzahlen die Schere nicht weiter

auseinandergeht (IW 2016, WELT 2013). Hier spielen verteilungspolitische Entwicklungen aus den 1980er und 90er Jahren keine signifikante Rolle. Zweitens wird in dieser Storyline hauptsächlich auf Gini-Koeffizienten hingewiesen, der vor allem die Einkommensungleichheit in einem gewissen Zeitraum misst. Dadurch kommen andere Indikatoren, wie z. B. die Vermögensungleichheit, die stagnierende Entwicklung der Reallöhne oder die zunehmende Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, kaum zur Sprache. Nach diesem Verständnis werden wissenschaftliche Ergebnisse und politische Äußerungen, die eine konkurrierende Interpretation der Fakten anbieten, als Alarmismus oder Hysterie delegitimiert, die darauf abzielen würden, Panik zu verbreiten (van Rinsum 2016). In dieser Hinsicht wird die Storyline durch Argumentationslinien politisch unterfüttert, in denen der seit 2005 relative wirtschaftliche Erfolg Deutschlands als Nachweis der guten sozialen Lage instrumentalisiert wird. So äußerte Unions-Fraktionschef Volker Kauder (2017), dass Verteilungskritiker Deutschland in guten Zeiten „schlechtreden“ würden und „Miesmacher“ seien. Die eigentliche Realität sehe aus seiner Sicht anders aus, denn „den Deutschen geht es gut“. Ebenso gab die damalige CDU-Arbeitsministerin Ursula von der Leyen bei der Veröffentlichung des dritten Armuts- und Reichtumsbericht bekannt, dass „im Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Einkommensungleichheit [...] Deutschland im internationalen Vergleich“ sehr gut dastehe. Ein Beitrag (2013a) in der WELT ergänzt:

„Grafik um Grafik präsentiert die Ministerin, und immer wiederholt sich die gute Botschaft: Einkommensungleichheit – hat nicht weiter zugenommen.“

Ähnlich werden seit mehreren Jahren in dieser Storyline Forderungen nach Maßnahmen zur Reduzierung sozioökonomischer Ungleichheit als die Führung einer „Neiddebatte“ beschrieben, die den Erfolg leistungsstarker BürgerInnen herabsetzt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt. So schreibt Dorothea Siems (2012) in einem Leitartikel in der WELT, dass „der Markt für mehr Fairness als der Staat“ Sorge, was verteilungsorientierte Perspektiven nicht registrieren, da sie vor allem darauf abzielen, „Sozialneid“ zu schüren.

Diese in der deutschen Ungleichheitsdebatte dominante Storyline wird in mehreren wissenschaftlichen Studien des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) oder auch der wirtschaftsliberalen Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) unterstützt, wonach die mehrheitlich verteilungskritische Wahrnehmung der meisten Deutschen bei der Einkommens- und Vermögensungleichheit falsch sei (Niehues 2014; Bergmann/Niehues 2016). Hierfür werden eigene Interpretationen der Daten verwendet, um das Argument der vermeintlich falschen

Wahrnehmung zu untermauern: Die Verteilungslage in Deutschland sei z. B. „besser als wahrgenommen“, es würde darüber hinaus nicht stimmen, dass „die Reichen“ immer reicher werden und die Armen immer ärmer (Niehus/Klös 2016). So wird in einem WELT-Artikel (2013b) argumentiert, dass „die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich [...] nur noch ein Vorurteil“ sei. Darüber hinaus wird betont, dass die Vermögensverteilung sich „anders als vielfach vermutet“ entwickle und entsprechend nicht zunehme (Niehus/Klös 2016). Hingegen liefert eine Studie der INSM (2009) Argumente dafür, dass Gesellschaften mit höherer Ungleichheit für mehr Glück in der Bevölkerung sorgen, da Gesellschaften mit einer gleicheren Einkommensverteilung „die Anreize und Aufstiegschancen künftiger Leistungsträger reduziert“ und fordert damit eine weitere Entstaatlichung öffentlicher Dienstleistungen. Prominente deutsche Ökonomen wie Hans Werner Sinn (2016), Präsident des Münchener Ifo-Instituts, erklärt zudem, dass zu viel Umverteilung „Leistungsanreize reduzieren kann“. Dementsprechend wird anhand der Storyline der Leistungsgesellschaft argumentiert, dass verteilungsorientierte PolitikerInnen und Institute, die die zweite und dritte Storyline vertreten, kein realistisches Bild zeichnen würden und schließlich kontraproduktive, linkspopulistische Diskussionen führen, die selten auf Fakten beruhen und stattdessen den irrigen Gefühlen und Emotionen der BürgerInnen dienen.

Schließlich ist die parteiliche Repräsentation in der ersten Storyline sehr deutlich: die Grundsätze, Hauptbegriffe und Interpretation der Fakten der Leistungsgesellschafts-Storyline werden überwiegend von Bundestagsabgeordneten der FDP und dem wirtschaftsliberalen Flügel der CDU und CSU vertreten. In einer schwärmerischen Rede erklärte der FDP-Abgeordnete Daniel Volk (2011) beispielsweise: „Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit hat in den letzten zwei Jahren zu fantastischen Wirtschaftsdaten geführt.“ Peter Weiß (CDU) (2013) führt diese Perspektive im Hinblick auf den dritten Armuts- und Reichtumsbericht weiter aus:

„Wir haben in der Tat schwierige Jahre zunehmender Armutsgefährdung in Deutschland hinter uns. Das ist für viele Menschen nach wie vor eine bedrohliche Perspektive. Der Bericht zeigt aber auf, dass es in der Regierungszeit von Angela Merkel gelungen ist, diesen Negativtrend nicht nur zu stoppen, sondern auch eine Trendwende herbeizuführen.“

Letztendlich beruht diese Einschätzung auf der Idee einer „marktkonformen Demokratie“, wie sie die Kanzlerin im Kontext der Finanz- und Eurokrise nochmals mit besonderer Prägnanz formuliert und aktualisiert hatte:

„Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“ (Merkel 2011)

Der grundlegende Modus dieser Storyline ist also in der Vorstellung der Komptabilität zwischen Markt und Demokratie zu sehen, in deren Rahmen zwar durchaus über neue sozialpolitische Maßnahmen gesprochen werden kann, die aber stets dem Vorrang von „Marktzwängen“ unterworfen bleiben.

Storyline 2:

Die Erzählung der Kompromiss- bzw. Ausgleichsgesellschaft

Der Storyline der Kompromiss- bzw. Ausgleichsgesellschaft liegt demgegenüber die postkeynesianische Vorstellung zugrunde, dass die sozioökonomische Ungleichheit ein Problem ist, das nicht gänzlich im Rahmen der „Marktzwänge“ zu lösen ist, sondern wichtige regulatorische Maßnahmen erfordert, die, wie der Mindestlohn etwa, in die Wirkungsweise der Märkte selbst eingreift. Darüber hinaus zeichnet sich die Storyline in Bezug auf die Folgen sozioökonomischer Ungleichheit durch Mäßigung aus. Ein außerordentlich hohes Maß an sozioökonomischer Ungleichheit führe zu gesellschaftlicher Spaltung und sollte durch die Prinzipien von „Teilhabe“, „Fairness“ und „Chancengleichheit“ in Bildung, Gesundheit und Arbeit bekämpft werden. Ein besonderer Fokus wird daher auf die negativen Auswirkungen von sozioökonomischer Ungleichheit gelegt. Demnach stellt sich die Storyline als ein Versuch dar, zwischen den Polen der ersten und dritten Storyline die „realen“ Probleme in der Einkommens- und Vermögensverteilung zu fokussieren, um die empirische Wirklichkeit auch jenseits der marktkonformen Demokratie ins Auge fassen zu können. Die zentralen Ideale dabei sind „Kompromiss-“ und „Verhandlungsbereitschaft“; eine Position, die in der öffentlichen Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit dazu tendiert, sich auf technische Details zu konzentrieren und solche Kritiken auszuschließen, die aus der Perspektive des Status quo für abwegig gehalten werden könnten und dadurch wenig Aussicht auf Erfolg haben. Schließlich geht es hier um die Generierung gemeinsamer „Schnittmengen“ zwischen einer gesund wachsenden Wirtschaft und einem fürsorglichen Sozialstaat. Um zu vermeiden, dass die damit verbundenen Argumente zu nebulös oder komplex werden, werden die Kernprinzipien der „sozialen Gerechtigkeit“ und der „Gleichheit“ angewendet, die der Storyline eine kohärente normative Orientierung verleihen sollen. Fundamental ist, dass Menschen eine berechtigte Chance durch Unterstützung von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen erhalten, um den sozialen

Aufstieg zu ermöglichen, „gute Arbeit“ zu finden und ihr eigenes Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Der Einsatz für mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit gehört entsprechend zum Kern der Storyline der Kompromissgesellschaft. Diese Ideale werden in der Verhandlungsdemokratie Deutschlands durch bestimmte Akteure realisiert, die fest im bestehenden System eingebettet sind. So wird Lohngerechtigkeit in der Tarifpolitik beispielsweise durch starke Gewerkschaften oder egalitäre verteilungspolitische Instrumente garantiert, die letztendlich dafür sorgen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich nicht extrem auseinanderfällt. Diese Institutionen müssten insofern verteidigt und verstärkt werden, um den sozialen Frieden zu wahren. Die Finanzkrise 2008 bis 2009 dient in dieser Storyline als ein passendes Beispiel dafür, wie der Staat in turbulenten Zeiten durch massive Konjunkturlösungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingreifen muss, um die Stabilität der Sozialstruktur Deutschlands garantieren zu können. In solchen kontingenten Situationen werden die Grundsätze der ersten Storyline entkräftet, indem das Leistungsversprechen widerlegt und für staatliche Interventionen plädiert wird, um die drohende ökonomische Katastrophe zu vermeiden.

Die Storyline der Kompromissgesellschaft ist ferner von der Grundüberzeugung geprägt, dass gesundes, wirtschaftliches Wachstum und das Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille sind, die eine gute Ausbalancierung von Kapital und Arbeit erfordere. So argumentiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (2011) in einem WELT-Artikel etwa, dass Deutschland in den letzten Jahren „unter seinen Verhältnisse[n]“ gelebt habe, „denn wegen der immer ungleicheren Verteilung der Einkommen und Vermögen sei der private Konsum schwach geblieben“. Nach diesem Verständnis steht „das Ausbalancieren“ der Sozialstaatlichkeit und der Wirtschaft im Mittelpunkt der Storyline der Kompromissgesellschaft.

Es wird in dieser Storyline durchaus akzeptiert, dass die sozioökonomische Ungleichheit in den letzten drei Jahrzehnten zugenommen hat. Dennoch wird ein nuancierter Blick auf die Faktenlage geworfen: sozioökonomische Ungleichheit wächst, konnte aber in den letzten zehn Jahren, dank gesunder Beschäftigungsquoten und politischer Fortschritte wie dem Mindestlohn, gemildert werden. Die Hartz-Reformen werden in dieser Storyline auch größtenteils positiv gewertet, da die Beschäftigung durch die Reformen erhöht werden konnte, was seinerseits die Einkommen sozial schwacher Menschen deutlich verbessert habe. Der Vorwurf, dass die Reformen zur weiteren Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse beigetragen haben, wird hier also eher abgelehnt: Es gebe in jüngster Zeit vielmehr eine starke Zunahme von sozialversicherungs-

pflichtigen Arbeitsplätzen, die mehr Menschen in Beschäftigung bringen und dementsprechend mehr Gleichheit durch aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt schaffen.

Auch in dieser Storyline spielt die Eigenverantwortung und das Selbstmanagement eine wichtige Rolle. Dies zeigt sich deutlich in der Verwendung der sprachlichen Gegenüberstellung von gesellschaftlichen „Gewinnern und Verlierern“, wodurch das Wettbewerbsprinzip prägend wird (Thaa 2011, S. 40). Dennoch sei es hier nach wie vor wichtig, so die Argumentation, prekären Arbeitsverhältnissen entgegenzuwirken, damit das Phänomen zu keiner Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wird. Gustav Horn, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), argumentiert z. B. in einem WELT-Artikel 2013, dass der „Beschäftigungsaufbau“ und die „stärkere(n) Lohnsteigerungen“ nicht reichen, um die Negativtrends der letzten 30 Jahren korrigieren zu können (WELT 2013c).

Ein weiteres oft erwähntes Beispiel innerhalb dieser Storyline ist die „Befristungskarriere“, die junge Menschen in akademischen und kreativen Bereichen erleben und die den positiven Entwicklungen der letzten Jahre widersprechen. Die Deutungen der Storyline der Leistungsgesellschaft und der Abstiegs-gesellschaft, vor allem das Negieren sozialer Probleme in der ersten Storyline, würden zu Ressentiments bei verschiedenen Gesellschaftsgruppen führen, die die Erfolge der letzten Jahre nicht flächendeckend gespürt haben. Die Menschen, die sich ungerecht behandelt fühlen, sollten von einer mitfühlenden und empathischen Politik der sozialen Gerechtigkeit angesprochen werden. Die Auswirkungen einer Politik, die sich nicht um solche realen ökonomischen Anliegen kümmert, könnten beispielsweise in den Vereinigten Staaten und Großbritannien beobachtet werden. Die Stärke der breiten deutschen Mittelschicht und die relativ stabile soziale Lage seien außerdem der primäre Grund, warum Populisten in Deutschland bisher keine großen Wahlerfolge erzielen konnten. Die Mittelschicht müsste dementsprechend durch Bildung und stabile Arbeitsbedingungen weiter verstärkt werden, indem ihre Funktion als Grundlage einer gesunden Wirtschaft im Mittelpunkt einer sozial gerechteren Politik steht. Diese Faktendeutung wird von verschiedenen Gewerkschaften, wissenschaftlichen Instituten, Zeitungen und Verbänden unterstützt. Prägende Fürsprecher dieser Deutung sind unter anderem das DIW unter der Leitung des Ökonomen Marcel Fratzscher, das IMK der Hans-Böckler-Stiftung, der deutsche Caritas-Verband und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Darüber hinaus wird die Faktenlage in der Storyline der Kompromissgesellschaft und die entsprechenden Maßnahmen von internationalen Institutionen wie der

OECD, der World Trade Organisation (WTO), der Weltbank und der Europäischen Kommission unterstützt.

Die parteiliche Affinität zu dieser Storyline ist ebenso eindeutig: Hier tauchen vor allem PolitikerInnen der SPD und der Grünen auf, die sozioökonomische Ungleichheit eher als eine sozialpolitische Herausforderung interpretieren. Interessanterweise sind am Ende der Schröder-Regierung auch Bundesabgeordnete der CDU/CSU an dieser Storyline beteiligt gewesen, welche die wachsende Schere zwischen Arm und Reich während der rot-grünen Regierung kritisierten. So bemängelt die Bundestagsabgeordnete Angela Schmid (2005) von der CDU:

„In fast sieben Jahren Regierungszeit ist es nicht gelungen, zu verhindern, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht.“

Nach dem Antritt der Großen Koalition 2005 (die bis 2009 andauerte) wird diese Perspektive dann fast exklusiv von der SPD und den Grünen vertreten. Anhand des Beispiels der Frühförderung wird 2006 diese Position von der SPD-Bundestagsabgeordneten Caren Marks resümiert: „Eine frühe Förderung der Kinder und Anreize zur Aufnahme und Ausweitung von Erwerbstätigkeit helfen, Armut zu durchbrechen und wirkliche Chancengleichheit [...] herzustellen“. Diese Position wird 2013 anhand des Mindestlohns von der Bundestagsabgeordneten Katrin Göring-Eckardt (die Grünen) griffig zusammengefasst:

„Mit einem Mindestlohn bekommt man Fachkräfte und vermeidet einen Flickenteppich in Deutschland nach dem Motto: Die einen so, die anderen so. Wir sorgen dafür, dass es eine gesetzliche Untergrenze gibt. Das hat mit Gerechtigkeit zu tun.“

Storyline 3: Die Erzählung der Abstiegs-gesellschaft

In der Storyline der Abstiegs-gesellschaft wird sozioökonomische Ungleichheit als eine demokratiegefährdende Entwicklung artikuliert, die seit den 1980er Jahren zugenommen hat und durch die Deregulierungspolitik der vergangenen 30 Jahre zu einem gesellschaftlichen Auseinanderdriften mit oligarchischen Tendenzen geführt habe. In dieser linkskritischen Storyline wird argumentiert, dass eine systematische Politik der ausbeuterischen Umverteilung „von unten nach oben“, durch Schwächung der Gewerkschaften, Senkung der Sozialleistungen, explodierende Managergehälter und eine allgemeine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen die Verteilungsschieflage bewusst herbeigeführt werde. In der taz wird 2006 beispielsweise von „einer gigantische Umverteilung von unten nach oben“ berichtet, die zu einer unvergleichbar wachsenden Schere zwischen Arm und Reich geführt habe. Hier besteht ein Konsens darüber, dass mit den Hartz-Reformen der Sozialstaat abge-

schaft und dadurch eine ständig ansteigende Armutsquote zementiert wurde. In dieser Storyline wird der damaligen rot-grünen Regierung von Kanzler Gerhard Schröder vorgeworfen, dass sie die Verteilungsschieflage mit ihren „marktkonformen“ Reformen deutlich verschlechtert habe und insofern eine weitreichende Verantwortung für die heutige Situation trage. Ulrike Winkelmann verwies bereits Anfang 2005 in der taz darauf, dass „die Schere zwischen Arm und Reich sich unter Rot-Grün weiter“ öffnet. Die damit einhergehende „Prekarisierung“ oder „Aushöhlung“ der Arbeitsverhältnisse sei eine wichtige Ursache der steigenden sozioökonomischen Ungleichheit.

Die Existenz der meisten BürgerInnen wird nach dieser Storyline durch Reallohnstagnation und eine minimale Sicherung des sozialen Aufstiegs gekennzeichnet. Demnach befinden sich „normale“ BürgerInnen, die früher zur Mittelschicht gezählt wurden, auf dem Weg zu einer „Abstiegsgesellschaft“, in der die Mehrheit „Einfluss auf politische Entscheidungen“ verliert, „wohingegen Lobbyisten, ökonomische Elite und insbesondere globale Konzerne ihre Macht ausbauen können“ (Nachtwey 2016, S. 170). In dem einflussreichen Werk „Abstiegsgesellschaft“ von Oliver Nachtwey wird die Rolltreppen-Metapher als Gegenbild zur berühmten Metapher des Fahrstuhleffekts von Ulrich Beck verwendet. Anhand dieser Metapher wird argumentiert, dass ein allgemeiner gesellschaftlicher Aufstieg nicht mehr stattfindet, sondern seit den 1990er Jahren eine Gegenrichtung nach unten immer mehr Lebensbereiche umfasst. In der Abstiegsgesellschaft versuchen immer mehr Menschen aus eigener Kraft auf einer abwärts fahrenden Rolltreppe wieder nach oben zu finden. Dies funktioniert aber nur sehr selten, und tatsächlich schaffen es nur noch sehr wenige, das obere Treppenende zu erreichen (Nachtwey 2016). Anfang 2005 berichtete z. B. die taz, dass der soziale Abstieg durch Hartz IV beschleunigt wurde. Daraus entsteht ein moderner Klassenkampf, der trotz neuer Partizipationsmöglichkeiten sowohl zu politischer Resignation in der Unter- und unteren Mittelschicht führt als auch zu einer Zweidrittel-Demokratie der Eliten für die Eliten, die vor allem „der Gier der privilegierten Wenigen“ dient (Petring/Merkel 2011).

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wird als Beispiel dieser politischen Dynamik begriffen, in der die Täter Boni in Millionenhöhe kassierten und einen Schaden von Milliarden hinterlassen haben, den die Steuerzahler zurückzahlen mussten – also auch diejenigen, die von den Negativfolgen der sozialpolitischen Strukturreformen besonders betroffen waren. Dass keine Banker ins Gefängnis mussten, sei exemplarisch für eine zunehmend ungerechte kapitalistische Gesellschaft, in der „Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden“ (Gradinger 2008). Die Verbindung zwischen der Finanzkrise und der wachsenden sozioöko-

nomischen Ungleichheit wird allerdings nicht nur in der taz aufgezeigt. Sie ist auch Gegenstand in der ZEIT (Ullrich 2009):

„Die marktradikale Politik, die sich erst nach 1990 ungehemmt entfalten konnte, hat nicht nur die sozioökonomische Ungleichheit verschärft, sondern ein Desaster ungeheuren Ausmaßes auf den Finanzmärkten angerichtet, das ganze Volkswirtschaften in den Ruin zu treiben droht.“

In einem anderen ZEIT-Artikel (2011) wird diese Dynamik nochmals ausführlich beschrieben:

„Schließlich stellt sich die Verteilungsfrage heute mit neuer Schärfe. Angesichts der Milliardensummen, die nötig sind, um die Banken zu stützen, den Euro zu retten und die Staatsschulden abzutragen – und die irgendjemand wird aufbringen müssen.“

Im Hinblick auf den Rückgang der globalen Wirtschaft, die Entstehung eines Postwachstumskapitalismus, die Automatisierung des Dienstleistungssektors werden die Zukunftschancen für sozial Benachteiligte, die meist sehr viel weniger gesellschaftlich mobil sein können, ohne eine radikale Umverteilung „von oben nach unten“ düster dargestellt. Um dem Niedergangsprozess entgegenzuwirken, werden hauptsächlich klassische sozialdemokratische Lösungen nach dem Prinzip der „Verteilungsgerechtigkeit“ vorgeschlagen: unter anderem Steuerentlastungen für die sogenannte Unter- und Mittelschicht, eine drastische Erhöhung des Mindestlohns, eine stärkere Rolle der Gewerkschaften bzw. der Mitbestimmung, die Kombination aus der Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer, dem deutlichen Anstieg der Erbschaftsteuer, der Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer reformierten Einkommensteuer mit der Anhebung des Spitzensteuersatzes (Die LINKE 2017). Diese Mittel, für öffentliche Investitionen eingesetzt, würden langfristig Arbeitsplätze schaffen, weitere Einkommen im unteren und mittleren Bereich generieren, die Binnen- und Massenkaufrkraft stärken und folglich die wachsende Ungleichheit reduzieren. Angesichts der Digitalisierung der Arbeitsverhältnisse und des angeschlagenen Sozialsystems schlagen andere AnhängerInnen dieser Storyline radikalere Lösungen wie ein flächendeckendes, bedingungsloses Grundeinkommen vor, das die finanzielle Grundsicherung aller BürgerInnen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistung in turbulenten Zeiten garantieren soll und als nötige Ergänzung zum Wohlfahrtsstaat dienen könnte.

Die sozioökonomische Ungleichheit wird empirisch in der Storyline der Abstiegs-gesellschaft als fortlaufender Prozess verstanden, der sich seit fast 40 Jahren zunehmend beschleunigt hat. Diese Entwicklung verschärft sich ferner durch die Deregulierung der Wirtschaft seit den 1990er Jahren – einer Periode, in der die Mittelschicht kontinuierlich

schrumpft und die Vermögens- und Einkommenskluft zwischen Arm und Reich signifikant auseinanderdriftet. So heißt es in einem taz-Artikel aus dem Jahr 2005, dass „kein Tag [...] ohne die Forderung nach größeren Einkommensunterschieden [vergeht.] [...] Mehr Ungleichheit ist die Ideologie des frühen 21. Jahrhunderts“. Dementsprechend wird „das Auseinanderdriften von Arm und Reich“ als faktisch eindeutig empfunden und Gruppen, die diese Befunde bestreiten, wird eine Ignoranz der „Fakten“ vorgeworfen. Für diese Storyline ist wiederum die Tatsache von zentraler Bedeutung, dass sich diese Entwicklung im Laufe der 2000er Jahre massiv verschärft hat, was das Szenario des unaufhaltsamen Niedergangs bekräftigt. Es wird argumentiert, dass die sporadischen Gegen Tendenzen ab 2005 vor allem von AnhängerInnen der ersten Storyline instrumentalisiert würden, um die politische Realität zu leugnen. Um diesen Standpunkt zu belegen wird darauf hingewiesen, dass die große Mehrheit der Deutschen die sozialen Unterschiede als zu groß empfinde und eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen unterstütze (taz 2013). In dieser Storyline werden außerdem „skandalöse“ Gehälter und Vermögen von bekannten „Superreichen“, wie z. B. der Quandt-Familie oder dem ehemaligen VW-Vorstandschef Martin Winterkorn, thematisiert, die ihr Vermögen in „Steueroasen“ verstecken und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen würden. Diese Faktendeutung wird von verschiedenen sozialpolitischen Interessenverbänden unterstützt, insbesondere vom deutschen paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Sozialverband Deutschland, Oxfam Deutschland, der Volkssolidarität und dem Sozialverband VDK. Darüber hinaus ist die Rolle von linkskritischen WissenschaftlerInnen aus der Soziologie, der Politikwissenschaft, den Wirtschaftswissenschaften, der politischen Ökonomie sowie von JournalistInnen für die Storyline der Abstiegsgesellschaft von hoher Relevanz, da diese als „unabhängige“ (akademische) Stimmen Einfluss auf die öffentliche Diskussion nehmen und der parteipolitisch marginalisierten Storyline mehr Gewicht im kollektiven Bewusstsein verleihen können. Besonders wichtig ist in diesem Fall die wissenschaftliche Literatur aus dem angelsächsischen Raum zur sozioökonomischen Ungleichheit, deren namhafte Vertreter wie Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, Angus Deaton sowie Branko Milanovic, Tony Atkinson, Kate Pickett, Thomas Piketty und Robert Reich ähnlich argumentieren und die Storyline der Abstiegsgesellschaft damit mit hoher wissenschaftlicher Reputation ausstatten, wenngleich dies eher in Debatten des Feuilletons wahrgenommen wird.

Im Bundestag wird diese Storyline im ausgewählten Zeitraum hauptsächlich von der Partei die LINKE und dem linken Flügel der SPD vertreten. Es ist aber vor allem die LINKE, die die Ungerechtigkeiten in der

Armut- und Verteilungslage in Deutschland mit leidenschaftlichem Empörungspotenzial und konsequent thematisiert. So wird der sozialpolitische Ansatz der SPD von der LINKE-Bundestagsabgeordneten Kornelia Möller (2006) scharf kritisiert:

„Im Klartext: Die Schere zwischen Arm und Reich klafft weiter auseinander, und das mit sozialdemokratischem Segen.“

Darüber hinaus wird die Metaphorik einer Umverteilung „von unten nach oben“ auch von der LINKEN im Bundestag häufig angewendet. Im Kontext der Finanzkrise kritisiert der LINKE-Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi (2012) die Finanzpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung:

„Nein, Sie haben die Finanzmärkte völlig dereguliert, und es ist eine gigantische Umverteilung von unten nach oben organisiert worden.“

Die Verbindung zwischen der Finanzkrise und der Verteilungsschieflage wird auch mit dem Begriff des Neoliberalismus kritisch verknüpft. So argumentiert die LINKE-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter (2014):

„Mit den alten neoliberalen Rezepten wurde die Finanzkrise ausgelöst statt gelöst [...] Mit den alten neoliberalen Rezepten wurde auch die soziale Frage nicht gelöst. Was wir erleben, ist, dass überall dort, wo Unternehmen freie Bahn haben, die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird: Fast die Hälfte des weltweiten Reichtums gehört einer kleinen Gruppe von einem Prozent!“

Solche moralischen Klagen mit Blick auf inhumane Verhältnisse unter einem neoliberalen Regime kennzeichnen die dritte *Storyline* und werden üblicherweise von der Linksfraktion im Bundestag eingesetzt.

4.3 Die erzählerische Dynamik zwischen den drei Storylines

Die obige Analyse macht deutlich, dass komplexe Themengebiete wie die sozioökonomische Ungleichheitsfrage durch eine Vielzahl konkurrierender Interpretationen gekennzeichnet sind (Dryzek 1997). Trotz der unterschiedlichen Deutungen wird die Frage nach der Verteilungslage in Deutschland aber auch von erzählerischen Dynamiken mitgeprägt, die zwischen den Storylines wirksam sind. Der Ungleichheitsdiskurs wird nicht nur von den Positionen der beteiligten Akteure bestimmt. Auch das Erzählen der Akteure im Ungleichheitsdiskurs nimmt als vergleichsweise offene Sinngebungspraktik Einfluss darauf, wie sich der Diskurs entwi-

ckelt. Mit erzählerischer Dynamik ist hier ein Vorgang gemeint, der sich im Zwischenraum der einzelnen Storylines abspielt und dafür zuständig ist, deren Verhältnis zueinander zu regeln. In dieser Dynamik liegt die oftmals unbeachtete Möglichkeit, durch den Eingang neuer Erzählstoffe die unterschiedlichen Storylines zu öffnen oder den Diskurs durch die Schaffung neuer Storylines über die erstarrten Diskurspositionen hinauszuführen.

So können sich Schnittstellen bilden, aus denen ein kreatives Potenzial für neue Erzählungen sowie Diskurskoalitionen geschaffen werden kann, die zwar auch den Erhalt des Status quo (Storylines der Leistungsgesellschaft und der Kompromissgesellschaft) begünstigen können, aber zugleich auch die Möglichkeit eröffnen, einen Politikwechsel (Storylines der Kompromissgesellschaft und der Abstiegsgesellschaft) herbeizuführen. Eine Analyse dieser erzählerischen Dynamiken zeigt, dass Storylines keineswegs statisch sind, sondern sich stets in Bewegung befinden, sich also Argumentationen oder Definitionen im Gesamtdiskurs oder in den einzelnen Storylines in der Form verändern oder verschieben können, dass neue Kompromisse und Interpretationen entstehen (Gadinger et al. 2014, S. 21). Dies liegt teilweise daran, dass die konkurrierenden Storylines unausgesprochen eine Reihe gemeinsamer ideologischer und moralischer Annahmen teilen, deren Artikulation neue Legitimationsmöglichkeiten für diverse Politiken schaffen (Fischer 2003). Möglich ist auch, dass sich die Diskursverhältnisse durch den Einzug neuer Erzählstoffe wie bestimmte Metaphern verändern oder „Wanderakteure“, die sich an diesen Schnittstellen bewegen, mithilfe der im folgenden Teil dargestellten Schnittpunkte neue Erzählperspektiven generieren und so neue Diskursallianzen ermöglichen.

Zur Veränderung der Diskursverhältnisse kann auch die erzählerische Steigerung von Kontingenz beitragen. Dominante Storylines blenden oftmals politisch unliebsame Fakten, Elemente und Motive aus, um eine moralisch und ideologisch kohärente Geschichte zu erzählen. So wird in der Storyline der Leistungsgesellschaft die vergleichsweise hohe Vermögensungleichheit in Deutschland beispielsweise kaum thematisiert oder in der Storyline der Abstiegsgesellschaft nur selten die hohe Lebenszufriedenheit in Deutschland zur Sprache gebracht. Werden solche Kontingenzen aufgezeigt, öffnen sich die Storylines für neue Erzählwege, wenn etwa unterschiedliche Fokusse auf dasselbe Phänomen kombiniert werden. Mikfeld und Turowski (2015, S. 44) schreiben in diesem Zusammenhang: Diskurskoalitionen

„addieren auch nicht einfach konkurrierende Diskurse, sondern sie vergrößern die Schnittmengen zwischen im politischen Raum benachbarten Diskursen.

Wenn solche Allianzen ein bestimmtes Maß an Bedeutung und Kohärenz aufweisen, kann aus ihnen ein eigenständiger Diskurs [...] erwachsen.“

Im Fall des deutschen Ungleichheitsdiskurses können zwei potenzielle Schnittpunkte identifiziert werden: Einerseits beruhen die Storylines der Leistungsgesellschaft und der Kompromissgesellschaft gemeinsam auf dem meritokratischen Prinzip sowie dem Wachstumsglauben und dementsprechend auf den Konzepten „Chancengerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“. Andererseits liegt an der Schnittstelle der Storyline der Abstiegsgesellschaft und der Kompromissgesellschaft ein gemeinsamer Glaube an die negativen Auswirkungen wachsender Ungleichheit und das kollektive Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit in Form von mehr Gleichheit durch grundlegende Arbeitnehmerrechte, öffentlich finanzierte Einrichtungen und starke Gewerkschaften.

Schnittpunkt der Storylines 1 und 2: Die (faire) Meritokratie – der Status quo mit möglichen Anpassungen

Beide Storylines stützen sich in unterschiedlicher Weise auf die Idee, dass alle BürgerInnen die Möglichkeit haben, durch Fleiß und harte Arbeit sozial aufzusteigen. Die erfolversprechenden Grundlagen des sozialen Aufstiegs werden jedoch – wie oben dargestellt – unterschiedlich betrachtet: Während die erste Storyline behauptet, dass die aktuellen sozialen Verhältnisse einen solchen Aufstieg ohne substanzielle Sozialreformen gewährleisten können, plädiert die zweite Erzählung für weitere sozialpolitische Anpassungen, wie einen flächendeckenden Mindestlohn, die die soziale Eingliederung bedürftiger BürgerInnen und so gerechtere Rahmenbedingungen für einen sozialen Aufstieg ermöglichen sollten. So besteht zwischen beiden Storylines Konsens darüber, dass kein radikales Umdenken in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Deutschlands notwendig sei, um einer vermeintlichen Verteilungsschieflage entgegenzuwirken und den sozialen Aufstieg aller Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Zudem wird in beiden Storylines durchaus akzeptiert, dass ein gesundes Wirtschaftswachstum Voraussetzung eines funktionierenden, modernen Wohlfahrtsstaats darstellt. Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt werden dementsprechend als die Schlüssel für soziale Stabilität wahrgenommen, da Wachstum und moderate Umverteilung Arbeitsplätze und Wohlstand gewährleisten würden. Schließlich legen beide Storylines einen Fokus auf die Mitte bzw. auf die Mittelschicht als Zielpublikum im Ungleichheitsdiskurs. Die Stärkung der Mittelschicht spielt dementsprechend eine zentrale Rolle an dieser Schnittstelle und ist stets positiv konnotiert. Insgesamt lässt sich feststellen, dass sozioökonomische Ungleichheit in beiden Storylines eher relativierend sprachlich eingerahmt wird, was all-

gemein mit einer demokratisch-meritokratischen Sprache mit moderat sozialdemokratischen Lösungsansätzen verbunden ist. Die drei Großen Koalitionen seit 2005 zeigen beispielhaft, welche Schnittmenge in Bezug auf sozioökonomische Ungleichheit in der Diskurskoalition zwischen beiden Storylines steckt.

**Schnittpunkt der Storylines 2 und 3:
Das kollektive Bestreben nach mehr sozialer Gerechtigkeit – ein
Politikwechsel ohne Systemwandel**

Anders als beim Schnittpunkt zwischen der ersten und der zweiten Storyline, wird an der Schnittstelle von Storyline zwei und drei dem Faktor der sozioökonomischen Ungleichheit mehr Aufmerksamkeit geschenkt und diese schließlich in unterschiedlicher Intensität als Problem wahrgenommen. Beide Storylines nehmen an, dass die sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland wächst und auf die Agenda gesetzt werden muss. Allerdings plädieren sie für unterschiedliche Strategien: Während die zweite Storyline eine gemäßigte Politik innerhalb des etablierten politischen Rahmens unterstützt, setzt sich die dritte Storyline für einen fundamentalen Politikwechsel oder gar für einen Wandel des wirtschaftspolitischen Systems ein. Dennoch sprechen sich beide Storylines für das Prinzip mehr Gleichheit aus, indem die positiven Konsequenzen einer gleicheren Gesellschaft hervorgehoben werden. So wird gelegentlich ein Fokus auf Ergebnisgleichheit gelegt, indem auf die positiven sozialen Fortschritte in sozioökonomisch homogeneren Ländern wie Schweden, Japan oder Dänemark verwiesen wird. Hierzu gehören unter anderem niedrigere Kriminalitätsraten, frei zugängliche öffentliche Bildung, mehr soziale Mobilität sowie eine höhere Lebensqualität (Wilkinson/Pickett 2009, 2018). Um mehr Gleichheit zu verwirklichen, wird eine aktivere, intervenierende Rolle des Staates und das kollektive Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit gefordert. Das umfasst sowohl mehr Umverteilung nach unten durch progressive Steuern, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Sozialleistungen, als auch mehr Wirtschaftsdemokratie durch erweiterte Formen der (gewerkschaftlichen) Mitbestimmung und eine Stärkung von Genossenschaften. An dieser Schnittstelle wird ein fundamentales Problem der Storyline der Abstiegsgesellschaft abgeschwächt: die überwiegend negative Kapitalismuskritik im Kern der Erzählung wird durch pragmatische, positive Maßnahmen gegen die wachsende Ungleichheit ersetzt (Roe 1994). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass beide Storylines sich produktiv ergänzen und mehrere gemeinsame Standpunkte vertreten, die bei einer Umsetzung in konkrete Politik in einem Politikwechsel in Bezug auf die sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland resultieren könnte.

Wie ein solcher Schnittpunkt aussehen könnte, lässt sich möglicherweise an der im August 2018 gegründeten Sammelbewegung „Aufstehen“ erkennen (<https://www.aufstehen.de/>; Abruf am 09.04.2019), welche aus einer Vielzahl politischer, wissenschaftlicher, kultureller und journalistischer Akteure besteht. Inspiriert von linksliberalen Sammelbewegungen aus Frankreich (la France insoumise), den USA (Our Revolution von Bernie Sanders) oder Großbritannien (Momentum), kommen in diesem Bündnis sowohl Akteure aus der zweiten als auch aus der dritten Storyline zusammen, um eine neue progressive politische Kraft zu schaffen, die einen ideologischen Zwischenraum abdeckt, der von den etablierten Parteien nicht besetzt wird. Bemerkenswert ist hier der Versuch, eine Diskursverschiebung und eventuell einen Politikwechsel anhand eines schnell zugänglichen Sprachgebrauchs voranzutreiben, der als Impuls für die Bildung einer neuen, kohärenten politischen Erzählung und der Einigung „linker“ Kräfte der bundesdeutschen Politik dienen soll. Auch wenn die Erfolgsaussichten dieser Sammelbewegung noch unklar sind, deutet bereits deren Gründung darauf hin, wie entscheidend die Schnittstellen zwischen Storylines in Hinblick auf die Formation neuer politischer Kräfte sind, die politischen Wandel anzustoßen versuchen

5. Fazit und Diskussion

Aus der interpretativen Diskursanalyse können einige generelle Aussagen abgeleitet werden. Zunächst herrscht ein wahrer Deutungskampf im Zentrum der Diskussion, in dem gegenläufige Storylines und damit verbundene Diskurskoalitionen vollkommen unterschiedliche Schlussfolgerungen aus derselben Datenlage (das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) ziehen. Folgt man den eingangs vorgestellten Prämissen einer interpretativen Policy-Forschung ist die kontroverse Deutung politischer Probleme jedoch der Regelfall und damit wenig überraschend. Die umstrittene Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland ist in dieser Hinsicht nicht anders. Dennoch unterstreicht dieser Deutungsprozess den ideologischen Charakter der Kontroverse, weil die Faktenauswahl, die Kausalitäten und die damit verbundenen Erzählungen überwiegend von den jeweiligen normativen und ideologischen Vorprägungen der Diskurskoalitionen abhängig sind und Kompromissfindungsprozesse vor allem narrativ vorstrukturiert werden. Gleichermäßen wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, welche Fakten nicht erwähnt werden oder welcher Mangel an Daten zu sozioökonomischer Ungleichheit existiert. So gibt es nach wie vor Lücken in der empirischen Erhebung von Reichtum und Vermögen der wohlhabendsten Deutschen (Hirschel 2013, S. 113–131; Herrmann 2016). Es mag dementsprechend wenig überraschen, dass die erste Storyline fast exklusiv die Einkommensungleichheit thematisiert, die die gesunden Beschäftigungszahlen im Zeitraum widerspiegelt und ein durchaus positives Szenario zeichnet. Andererseits werden diese empirischen Lücken in der zweiten Storyline kaum thematisiert und in der dritten Storyline nur am Rande erwähnt. Somit bleibt die Fakteninterpretation der ersten und zweiten Storylines relativ intakt und wirkungsvoll. Anders als Diskussionen in anderen Industrieländern ist der Deutungskampf um Fakten und der Versuch, wissenschaftliche Befunde zu negieren, zu relativieren oder zu skandalisieren, schließlich der wesentliche Grundpfeiler der deutschen Diskussion.

Im Kontext der Finanzkrise ist eine Art von Diskursallianz zwischen der ersten und der zweiten Storyline erfolgreich und hegemonial geblieben. Dies hat viele erkennbare Gründe. Erstens führte die Finanz- und Wirtschaftskrise keineswegs zu einer Legitimationskrise des deutschen Sozialstaates (Gronau/Haunss 2017). Das heißt, die kritische Diskussion um die Verteilungslage in Deutschland hat keinen kritischen Siedepunkt erreicht, sondern hat die kritischen Akteure der dritten Storyline politisch wirkungslos gelassen (Grabka/Frick 2012; Gronau/Haunss 2017). Aufgrund der relativ bemerkenswerten wirtschaftlichen Stabilität Deutsch-

lands nach der Finanzkrise wurde die Storyline der Leistungsgesellschaft sogar noch wirksamer. Dies lässt sich am Beispiel der Umdeutung der Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen 2008 und 2009 in die Eurokrise von 2011 bis 2014 besonders gut verdeutlichen, in der sich Deutschland durch die Führung von Angela Merkel als stabiler und verlässlicher Krisenmanager in einer sonst chaotischen Welt präsentieren konnte (Kellermann/Mikfeld 2014). Die Grundsätze der ersten Storyline, vor allem das meritokratische Leistungsprinzip, üben außerdem nicht nur in der Elite Macht aus, sondern sind ebenfalls in der Mittelschicht tief verwurzelt (Herrmann 2010, S. 86, Hartmann 2013, S. 16). Auch wenn die sozioökonomische Ungleichheit durch die Finanzkrise, etliche Bankenrettungspakete oder auch die öffentlichen Empörungen über Managergehälter als dringliches Problem im kollektiven Bewusstsein wiedererweckt wurde, wurde das gesamte kapitalistische Wirtschaftssystem und die Notwendigkeit eines Systemwandels in allen Storylines kaum effektiv in Frage gestellt (Schneider et al. 2017; Nullmeier et al. 2014).

Die zweite Storyline der Kompromissgesellschaft ist ideologisch weniger eindeutig zu verorten, da sie viele Annahmen der ersten Storyline aufgreift, beispielsweise eine marktkonforme Sozialpolitik, den Topos der Eigenverantwortung oder die faktische Entwicklung der sozioökonomischen Ungleichheit in den letzten zehn Jahren, aber auch einige Elemente der dritten Storyline (Mindestlohn) moderat akzeptiert. Die erfolgreiche Einführung des Mindestlohns 2014 war zwar ein wichtiger Schritt im Kampf gegen sozioökonomische Ungleichheit, bietet aber keine kohärente Erzählung darüber, wie ein alternatives, sozialgerechtes System aussehen könnte. Die Storyline der Kompromissgesellschaft ist zwar anschlussfähiger an die Storyline der Leistungsgesellschaft, bietet aber keine „konträr konzeptualisierten Ziele in neuen Synthesen“, eine notwendige Eigenschaft, um ein transformatives politisches Projekt voranzubringen (Mikfeld/Turowski 2014, S. 46). Sie war dennoch effektiv, denn in der ausgewählten Periode wurden in Deutschland nach den Hartz-Reformen keine weiteren Deregulierungs- und Sparmaßnahmen eingeführt, was die Wirkung der zweiten Storyline bestätigt. Dieser geht es insofern mehr als um rein technische Maßnahmen in der Sozialpolitik, wodurch zwar Sozialstaatlichkeit positiv besetzt ist, aber letztendlich keine greifbare notwendige Transformation in der Ungleichheitsfrage angeboten wird. In der Storyline fehlt es ferner an konkreten, systembezogenen Metaphern oder Motiven jenseits vom Zugang zur Mittelschicht bzw. der Stabilität der Mittelschicht, die wiederum den Status quo durchaus konserviert und keinen Raum für neue Ideen oder Experimente eröffnet (Gronau 2017). Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass sich diese Storyline von der traditionellen Klassenmetaphorik abgrenzt und

sich stattdessen an Wettbewerbs-Bilder von „Verlierern und Gewinnern“ orientiert, in denen kein emanzipatorisches Potenzial steckt (Linden 2017, S. 401–408)

Auch wenn die dritte Storyline im Kontext der Finanzkrise zumindest im akuten Krisenzeitraum öffentlichkeitswirksamer wurde, konnten ihre delegitimierenden Ungerechtigkeitsklagen erfolgreich absorbiert werden. Wie die Frequenzanalyse in Abbildung 2 zeigt, wird die Ungleichheitsdiskussion im politischen Diskursraum überwiegend von Aussagen der Linkspartei dominiert. Darüber hinaus wird die Diskussion in medialen und akademischen Diskursräumen von einer begrenzten Anzahl von Akteuren geführt, die eine geringe politische Durchsetzungskraft gegenüber der aktuellen Machtkonstellation in Deutschland besitzen. Dies ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Erstens wird die LINKE noch immer politisch und medial als eine hauptsächlich regionale Protestpartei betrachtet, die aufgrund ihrer umstrittenen DDR-Vergangenheit und wahrgenommener Linksradikalität gerade in den alten Bundesländern und in der Mittelschicht verpönt ist (Malycha/Winters 2009, S. 408; Spier 2017, S. 211, 217–218). Die marginalisierte Position der Partei in der bundesdeutschen Politik unterstützt letztlich den Alarmismus-Vorwurf der ersten Storyline, indem ihre Deutung der Fakten überzeugend als extrem und hysterisch dargestellt wird. Schließlich stellt die angesprochene Wählerschaft der LINKE ein beträchtliches Problem für ihren Wahlerfolg und die politische Mehrheitsfähigkeit dar, was den Fokus auf die Mittelschicht in den zwei anderen Storylines erklärt: Die sogenannte Unterschicht, also die größten „Verlierer“ in der Ungleichheitsdiskussion, geht zunehmend nicht zur Wahl (Schäfer 2015). Zweitens zeigt die Literatur über diskursive Opportunitätsstrukturen, dass in einer erfolgreichen Diskurskoalition „auch Mitglieder der gesellschaftlichen Eliten eingebunden“ sein müssen, damit „eine Gelegenheitsstruktur mit hohem Mobilisierungspotenzial entsteht“ (Kriesi 2004; Haunss 2014, S. 124). Dies ist in der Storyline der Abstiegsgesellschaft offensichtlich nicht der Fall. Die politischen, journalistischen und akademischen Akteure der Diskurskoalition bestehen aus einer linkskritischen Konstellation, die eine marginale Position im Regierungsapparat einnimmt und aufgrund ihrer ideologischen Haltung meist auch eine gewisse Distanz zum Politikbetrieb beibehalten will.

Die Ungleichheitsfrage bekam durch die Finanz- und Wirtschaftskrise eine neue Schärfe, die auch neue diskursive Möglichkeiten für konkrete Veränderungen in der Verteilungspolitik eröffnete. Dennoch wird die aktuelle sozioökonomische Ungleichheit von den Regierenden nicht als ein gesellschaftlich bedrohliches Problem wahrgenommen (Hartmann 2013; Fratzscher 2016; Hagelüken 2017). Die Gerechtigkeitsforderungen der

zweiten und vor allem der dritten Storyline bekommen zwar eine politische und mediale Aufmerksamkeit und bekämpfen die hegemoniale Deutung des Phänomens, haben aber letztlich wenig Durchsetzungskraft jenseits von konventionellen, institutionellen Reformen wie der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Stattdessen wird die wirtschaftliche und soziale Lage Deutschlands von den Akteuren der Storyline der Leistungsgesellschaft effektiv als Erfolgsgeschichte eines Booms gefeiert, die Stabilität garantiert und keine Notwendigkeit darin sieht, für einen neuen Gesellschaftsvertrag im Sinne eines auf mehr Umverteilung gerichteten „New Deals“ einzustehen. Nach den theoretischen Grundlagen von Hajer wurden insofern mehrere Voraussetzungen nicht erfüllt, die einen eventuellen Politikwechsel hätten ermöglichen können. Nach Hajer muss es einer neuen Storyline erstens gelingen, dass ihre Argumente den diskursiven Raum um das Problem beherrschen und zweitens muss sie in den organisatorischen Praktiken und Institutionen eines politischen Systems eingebettet sein (Hajer 2005, S. 303–305). Beides war im Kontext der Ungleichheitsdiskussion nicht der Fall. Dennoch waren die kritischen Elemente der zweiten und dritten Storyline erfolgreich darin, die hegemoniale interpretative Deutung der ersten Storyline ständig herauszufordern. Ein wahrerer „Krieg“ mit Zahlen zur sozialen Lage findet letztendlich in der deutschen Öffentlichkeit regelmäßig statt.

Das Veränderungspotenzial der Ungleichheitsfrage kann aber nach wie vor geschaffen werden. Die Vermögensungleichheit in Deutschland wird zweifellos im nächsten Jahrzehnt wachsen, da Reichtum und Vermögen von und nach der „Babyboomer“-Generation massiv vererbt werden (Piketty 2014, S. 512; Friedrichs 2013, S. 425). Ferner wird die sozioökonomische Ungleichheit bereits in der deutschen Bevölkerung mehrheitlich als ungerecht empfunden (Mau/Heuer 2016). Die zunehmend durch Unter- und Mittelschichten wahrgenommene Ungerechtigkeit der Vermögensentwicklung hat das Potenzial für neue Konfliktlinien in der Ungleichheitsdiskussion und verleiht der zweiten und dritten Storyline empirische Legitimität. In diesem Kontext könnte eine neue, überzeugendere Diskursallianz zwischen beiden Storylines den aktuellen Stillstand durchbrechen. Auch die Integration von hunderttausenden Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, steigende Mietpreise in Großstädten und die Automatisierung des Dienstleistungssektors werden neue Fragen in der Diskussion aufwerfen. Letzten Endes wird der relative wirtschaftliche Erfolg Deutschlands nicht von ewiger Dauer sein und eine wiederholte globale Finanz- und Wirtschaftskrise könnte einen erneuten Bruch darstellen, wodurch andere einflussreichere Storylines entstehen könnten.

Der Kampf um die Deutungshoheit in der Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit ist längst nicht vorbei.

Glossar

absolute Häufigkeit

„Es gibt verschiedene Häufigkeitsmaße, um Korpusfrequenzen zu messen. Das einfachste Maß ist die absolute Häufigkeit, mit der die Anzahl eines Wortvorkommens im Korpus – also die Anzahl der Treffer bei einer entsprechenden Korpusrecherche – angegeben wird. Dieses Häufigkeitsmaß ist einfach zu berechnen, es hat aber den großen Nachteil, dass es erheblich von der Größe des zugrundeliegenden Korpus abhängt: Wenn man das Korpus beispielsweise durch eine Zufallsauswahl halbiert, so erwartet man in dem halb so großen Korpus ungefähr halb so viele Vorkommen des gesuchten Wortes. Aus diesem Grund sind absolute Korpushäufigkeiten aus verschiedenen Korpora nur dann direkt miteinander vergleichbar, wenn diese Korpora ungefähr gleich groß sind.“ (Perkuhn et al. 2012, S. 79)

Diskursanalyse

„Der Begriff Diskursanalyse ist vielfältig: Er bezeichnet nicht nur die Interpretation sozialer Makro-Diskurse, sondern auch die Analyse konkreten Sprachgebrauchs einschließlich linguistischer Pragmatik und ethnomethodologischer Konversationsanalyse [...]. Dies liegt z. T. an einer unterschiedlichen Konnotation in verschiedenen Sprachen: Während discourse im angelsächsischen Raum ein einfaches Alltagsgespräch bezeichnet, steht er in den romanischen Sprachen für gelehrte Rede und wird als Erscheinungs- und Zirkulationsform des Wissens analysiert.“ (Münch 2015, S. 54)

Frequenzanalyse

„Frequenzanalysen zählen relative oder absolute Häufigkeiten von Schlüsselbegriffen im Untersuchungskorpus, was erste Hinweise auf die Verbreitung von bestimmten sprachlichen Mustern geben kann. Über Diktionäre lassen sich mehrere Schlüsselwörter zu semantischen Konzepten verdichten und als solche in ihrer Entwicklung im Untersuchungszeitraum beobachten.“ (Wiedemann/Lemke/Niekler 2013, S. 109)

MaxQDA

MaxQDA ist eine computergestützte Datenanalyse-Software für die qualitative, quantitative und Mixed-Methods-Forschung, deren Benutzerfreundlichkeit den Codier- und Analyseprozess signifikant erleichtert. MaxQDA bietet hervorragende Möglichkeiten zur Organisation und Reorganisation eines Datenkorpus und des Codesystems und garantiert

einen transparenten, schnellen und zuverlässigen Analyseprozess (Given 2008, S. 499–500).

R

R ist eine Programmiersprache. Es ist ein Werkzeug, mit dessen Hilfe Text-Mining-Methoden wie beispielsweise die Erstellung von Textkorpora, die Kategorisierung von Texten und das Zählen von Worthäufigkeiten computergestützt umgesetzt und graphisch dargestellt werden kann. Daneben wird R häufig zur Umsetzung komplexer, computergestützter statistischer Analysen verwendet.

relative Häufigkeit

„Um Korpusfrequenzen vergleichen zu können, muss man sie hinsichtlich der Korpusgröße normieren. Am einfachsten und natürlichsten erreicht man dies, indem man die absolute Korpusfrequenz durch die Korpusgröße dividiert. Die Korpusgröße misst man als die Anzahl Textwörter (d. h. die Anzahl aller Worttokens). Das Ergebnis ist also der Anteil der Tokens des gegebenen Wortes an allen Tokens aller Wörter im Korpus. Man bezeichnet es als die relative Häufigkeit des Wortes – unser zweites Häufigkeitsmaß.“ (Perkuhn et al. 2012, S. 79)

Textanalyse

Die Textanalyse ist die systematische Analyse von Wortgebrauchsmustern in Texten und wird typischerweise mit weniger formalen interpretativen Methoden kombiniert. (Ignatow/Mihalcea 2018, S. 5)

Textkorpus

Ein Textkorpus ist eine Sammlung von sprachlichen Äußerungen, die als Grundlage empirischer linguistischer Untersuchungen dient. (Engelberg 2009)

Text-Mining

Text-Mining-Verfahren sind Prozesse, wodurch verwertbare Kenntnisse aus großen Textmengen, sprich Textkorpora, destilliert werden können. (Kwartler 2017, S. 1)

Literatur

- Atkinson, Anthony (2015): *Inequality: What Can Be Done*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Beckert, Jens/Streeck, Wolfgang (2011): Die nächste Stufe der Krise. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 193, 20. August 2011, S. 29.
- Behringer, Jan/van Treeck, Till (2015): Income distribution and the current account: a sectoral perspective, ECINEQ Working Paper 2015–379.
- Bergmann, Knut/Niehues, Judith (2016): Wahrnehmung und Wirklichkeit.
<https://www.iwkoeln.de/presse/gastbeitraege/beitrag/knut-bergmann-und-judith-niehues-in-der-frankfurter-allgemeinen-zeitung-wahrnehmung-und-wirklichkeit-319737> (Abruf am 07.08.2018).
- Beznoska, Martin/Henger, Ralph/Hentze, Tobias/Klös, Hans-Peter/Lesch, Hagen/Niehues, Judith/Pimpertz, Jochen/Plünnecke, Holger/Schäfer, Holger/Schmidt, Jörg/Schröder, Christoph/Voigtländer, Michael/Werner, Dirk (2016): Faktencheck Gerechtigkeit und Verteilung – eine empirische Überprüfung wichtiger Stereotype, <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/faktencheck-gerechtigkeit-und-verteilung-300672> (Abruf am 07.08.2018).
- Blätte, Andreas (2017a): GermaParl. Corpus of Plenary Protocols of the German Bundestag. R Data Package (v1.0.4), http://polmine.sowi.uni-due.de/packages/src/contrib/GermaParl_1.0.4.tar.gz (Abruf am 27.06.2018).
- Blätte, Andreas (2017b): polmineR (v0.7.5), <http://www.github.com/PolMine/polmineR> (Abruf am 27.06.2018).
- Blätte, Andreas/Behnke, Joachim/Schnapp, Kai-Uwe/Wagemann, Claudius (2018): *Computational Social Science: Die Analyse von Big Data*. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Blyth, Mark (2015): *Austerity: the history of a dangerous idea*. Oxford: Oxford University Press.
- Brand, Peter/Thomas, Michael (2005): *Urban Environmentalism: Global Change and the Mediation of Local Conflict*. London: Routledge.
- Brauksiepe, Ralf (2008): Rede in der Debatte über den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, [http://www.ralf-brauksiepe.de/index.php?id=42&tx_ttnews\[year\]=2008&tx_ttnews\[month\]=09&tx_ttnews\[day\]=18&tx_ttnews\[tt_news\]=78&cHash=8c1842a0c4254198a341535098b02a27](http://www.ralf-brauksiepe.de/index.php?id=42&tx_ttnews[year]=2008&tx_ttnews[month]=09&tx_ttnews[day]=18&tx_ttnews[tt_news]=78&cHash=8c1842a0c4254198a341535098b02a27) (Abruf am 07.08.2018).

- Braunberger, Gerald (2017): Das Erbe der Finanzkrise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juli 2017, S. 19.
- Brown, Wendy (2015): Undoing the Demos: Neoliberalism's Stealth Revolution. Cambridge, Massachusetts: MIT Press.
- Bude, Heinz (2017): Das Gefühl der Welt: über die Macht von Stimmungen. München: Hanser.
- Bude, Heinz/Staab, Philipp (2016): Kapitalismus und Ungleichheit: Die neuen Verwerfungen. Frankfurt am Main: Campus.
- Bulling-Schröter, Eva (2014): Rede im Deutschen Bundestag am 19.12.2014; <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18077.pdf> (Abruf am 09.04.2019).
- Butterwegge, Christoph (2016): Armut in einem reichen Land: Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt am Main: Campus.
- Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg: Haburger Ed.
- Christou, George/Croft, Stuart (2014): European „Security“ Governance. London: Routledge.
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy. Cambridge: Polity.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Frankfurt am Main: Campus.
- Davies, Bronwyn/Harré, Rom (1990): Positioning: The Discursive Production of Selves, in: Journal for the Theory of Social Behavior, 20(1), S. 43–63.
- Denkwerk Demokratie (Hrsg.) (2014): Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen. Frankfurt am Main: Campus.
- Der Paritätische (Hrsg.) (2017): Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017.
- Die LINKE (2017): Bundestagswahlprogramm 2017, https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_link_e_wahlprogramm_2017.pdf (Abruf am 28.08.2018).
- Dryzek, John S. (1997): The Politics of the Earth, Environmental Discourses. 2. Auflage. New York: Oxford University Press.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2017): Länderbericht Deutschland 2017 mit eingehender Überprüfung der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte, Brüssel, 22.2.2017 – Staff Working Document 71 final, S. 7.
- Engelberg, Stefan (2009): Ringvorlesung „Methoden“, HS 2009 Korpuslinguistik. http://www1.ids-mannheim.de/fileadmin/lexik/lehre/engelberg/Webseite_MethLex/Korpuslinguistik-V1.pdf (Abruf am 01.08.2018)

- Falk, Ilse (2007): Rede zur Regierungserklärung des Arbeitsministers, <https://www.cducsu.de/themen/menschen-mit-behinderungen/entscheidend-und-ein-gebot-sozialer-gerechtigkeit-ist-es-gleiche-chancen-fuer-alle-menschen-zu-schaffen> (Abruf am 07.08.2018).
- Fischer, Frank (2003): Reframing public policy. Discursive politics and deliberative practices. Oxford: Oxford University Press.
- Fischer, Frank/Forester, John (1993): The argumentative turn in policy analysis and planning. Durham: Duke University Press.
- Frankfurt, Harry Gordon (2016): Ungleichheit. Warum wir nicht alle gleich viel haben müssen. Berlin: Suhrkamp.
- Fratzcher, Marcel (2016): Verteilungskampf. München: Hanser.
- Friedrichs, Julia (2013): Wir Erben: Was Geld mit Menschen macht. Berlin: Berlin.
- Fuchs, Ruth (2010): Umkämpfte Geschichte: Vergangenheitspolitik in Argentinien und Uruguay. Berlin: LIT.
- Fuest, Clemens (2017): Zehn Thesen zur Ungleichheitsdebatte, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/zew-praesident-clemens-fuest-zur-ungleichheitsdebatte-14065158.html> (Abruf am 12.02.2017).
- Gadiner, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yildiz, Taylan (2014): Politische Narrative Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer VS.
- Gill, Rosalind (2000): Discourse analysis. In: Bauer, Martin W./Gaskell, George (Hrsg.) Qualitative Researching With Image, Sound and Text. Sage Publications, London, S. 172–190.
- Given, Lisa M. (2008): The Sage Encyclopedia of Qualitative Research Methods. Los Angeles, CA: Sage Publications.
- Godar, Sarah/Truger, Achim (2016): Die Rückkehr der progressiven Steuerpolitik? Steuerpolitische Trends in der EU seit der Krise. Gute Gesellschaft – soziale Demokratie #2017plus, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Goffman, Erving (1974): Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience. Boston, MA: Harvard University Press.
- Göring-Eckardt, Katrin (2013). Rede im Deutschen Bundestag, den 25. April 2013, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17237.pdf> (Abruf am 07.08.2018).
- Grabka, Markus/Frick, Joachim (2012): Country case study – Germany. In: Jenkins, Stephen P./Brandolini, Andrea/ Micklewright, John/Nolan, Brian: The Great Recession and the Distribution of Household Income. Oxford: Oxford University Press, S. 90–112.

- Gradinger, Erwin (2008): Gewinne privatisiert – Verluste sozialisiert, https://www.welt.de/welt_print/article2438438/Gewinne-privatisiert-Verluste-sozialisiert.html (Abruf am 07.08.2018).
- Grimmer, Justin/Stewart, Brandon M. (2013): Text as Data: The Promise and Pitfalls of Automatic Content Analysis Methods for Political Texts. In: *Political Analysis*, 21(3), S. 267–97.
- Gronau, Jennifer (2017): Metaphorical Anti-capitalism: Regulation, Not Transformation. In: Schneider, Steffen/Schmidtke, Henning/Haunss, Sebastian/Gronau, Jennifer (Hrsg.): *Capitalism and Its Legitimacy in Times of Crisis*. London: Palgrave Macmillan.
- Gronau, Jennifer/Haunss, Sebastian (2017): *Capitalism's Resilience after the Financial Crisis: A Discursive Explanation*. Schneider, Steffen/Schmidtke, Henning/Haunss, Sebastian/Gronau, Jennifer (Hrsg.): *Capitalism and Its Legitimacy in Times of Crisis*. London: Palgrave Macmillan.
- Gysi, Gregor (2012): Rede im Dt. Bundestag am 27.09.2012; <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17195.pdf>.
- Haffert, Lukas (2016): *Die schwarze Null – Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte*. Berlin: Suhrkamp.
- Hagelüken, Alexander (2017): *Das gespaltene Land: wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört – und was die Politik ändern muss*. München: Knauer.
- Hajer, Maarten (1995): *The politics of environmental discourse. Ecological modernization and the policy process*. Oxford: Oxford University Press.
- Hajer, Maarten (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel, in: *Soziale Welt*, 48(113), S. 107–131.
- Hajer, Maarten (2002): Discourse Analysis and the Study of Policy Making, In: *European Political Science*, 2(1), S. 61–65.
- Hajer, Maarten (2004): *Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung*. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Ed.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2, 2. Auflage*. Wiesbaden: Springer VS, S. 271–300.
- Hajer, Maarten (2005): *Coalitions, Practices, and Meaning in Environmental Politics: From Acid Rain to BSE*. In: Howarth, D./Torfing, J. (Hrsg.): *Discourse. Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance*. Hampshire/New York: Palgrave Macmillan, S. 297–315.

- Hajer, Maarten (2006): Doing discourse analysis: coalitions, practices, meaning. In: Van den Brink, M./Metze, T. (Hrsg.): Words Matter in Policy and Planning. Discourse Theory and Method in the Social Sciences. Netherlands Geographical Studies 344. Utrecht: Koninklijk Nederlands Aardrijkskundig Genootschap, S. 65–74.
- Hajer, Maarten (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, In: Janning, F./Toens, Ka. (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Wiesbaden: VS, S. 211–222.
- Hajer, Maarten (2009): Authoritative governance: policy making in the age of mediatization. Oxford: Oxford University Press.
- Hajer, Maarten (2010): Argumentative Diskursanalyse: Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2, Forschungspraxis. 4. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 271–299.
- Hajer, Maarten/Wagenaar, Hendrik (2003): Deliberative Policy Analysis: Understanding Governance in the Network Society. Cambridge: Cambridge University Press.
- Harrington, Brooke (2016): Capital without Borders: Wealth Managers and the One Percent. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Hartmann, Michael (2013): Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?. Frankfurt am Main: Campus.
- Haß, Ulrike, Storjohann, Petra (2015): Handbuch. Wort und Wortschatz. In: Felder, E./Gardt, A. (Hrsg.): Bd. 3 der Handbuchreihe „Sprachwissen“. Berlin/Boston: de Gruyter.
- Haunss, Sebastian (2014): Sturm im Feuilleton: (De-)legitimierende Diskursnetzwerke. In: Nullmeier, F./Biegoń, D./Gronau, J./Haunss, S./Lenke, F./Schmidtke, H./Schneider (Hrsg.): Marktwirtschaft in der Legitimationskrise? Ein internationaler Vergleich. Frankfurt am Main: Campus, S. 113–140.
- Herrmann, Ulrike (2010): Hurra, Wir Dürfen Zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht. Frankfurt am Main: Westend.
- Herrmann, Ulrike (2016): Parallelwelt der Reichen. taz, <http://www.taz.de/15269640/> (Abruf am 07.08.2018).
- Herz, Wilfried (2012): Wie aus der Finanz- eine Schuldenkrise gemacht wurde. Cicero Online, <https://www.cicero.de/wirtschaft/wie-aus-der-finanz-eine-schuldenkrise-gemacht-wurde/49258> (Abruf am 07.08.2018).
- Hirschel, Dierk/Paic, Peter/Zwick, Markus (2013): Daten in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Wiesbaden: Springer.
- Hochschild, Arlie Russel (2016): Strangers in Their Own Land: Anger and Mourning on the American Right. New York: The New Press.

- Hüther, Michael (2016): Deutschland ist kein geteiltes Land, <http://www.sueddeutsche.de/politik/wirtschaft-selektive-wahrnehmung-1.2932294> (Abruf am 07.08.2018).
- Hüther, Michael/Straubhaar, Thomas (2007): Leitbild für Deutschland, https://www.welt.de/welt_print/article1046741/Leitbild-fuer-Deutschland.html (Abruf am 07.08.2018).
- Ignatow, Gabe/Mihalcea, Rada (2016): Text Mining: A Guidebook for the Social Sciences. Los Angeles: SAGE.
- Ignatow, Gabe/Mihalcea, Rada (2018): An Introduction to Text Mining: Research Design, Data Collection, and Analysis. Thousand Oaks: SAGE Publications.
- INSM (2009): Der Staat macht uns nicht glücklich, <http://www.insm-oekonomenblog.de/2742-bip-allein-macht-nicht-gluecklich/> (Abruf am 07.08.2018).
- IW Köln (2016): Besser als wahrgenommen. Institut der deutschen Wirtschaft Köln, <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/gerechtigke-it-besser-als-wahrgenommen-300127> (Abruf am 07.08.2018).
- Jäckel, Michael (2011): Medienwirkungen: Ein Studienbuch zur Einführung. Wiesbaden: VS.
- Kauder, Volker (2017): Wir brauchen Mutmacher, aber keine Miesmacher, <http://hd.welt.de/politik-edition/article162578794/Wir-brauchen-Mutmacher-aber-keine-Miesmacher.html> (Abruf am 07.08.2018).
- Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (2008): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 3: Forschungspraxis. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS.
- Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.) (2012): Diskurs – Macht – Subjekt Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kellermann, Christian/Mikfeld, Benjamin (2014): Politische Diskursführung in der Praxis. Eine kleine Fallstudie über den Bundestagswahlkampf 2013. In: Denkwerk Demokratie (Hrsg.): Sprache, Macht, Denken. Politische Diskurse verstehen und führen. Frankfurt am Main: Campus, S. 273–201.
- Klein, Josef (1989): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Wiesbaden: VS.
- Köppe, Stephan/Nullmeier, Frank/Wiesner, Achim (2007): Legitimationswandel des bundesdeutschen Sozialstaats. In: Sozialer Fortschritt, 56(9/10), S. 227–236.

- Kriesi, Hanspeter (2004): Political Context and Opportunity. In: Snow, D./Soule, S./Kriesi, H. (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden: Blackwell, S. 67–90.
- Krugman, Paul (2010): Debt, Deleveraging, and the Liquidity Trap, <https://krugman.blogs.nytimes.com/2010/11/18/debt-deleveraging-and-the-liquidity-trap/> (Abruf am 07.08.2018).
- Kwartler, Ted (2017): Text Mining in Practice with R. Hoboken, NJ: Wiley.
- Lemke, Matthias/Wiedemann, Gregor (2016): Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse. Wiesbaden: VS.
- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (2006): Deutschland – eine gesplante Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus.
- Linden, Markus (2017): Parteien und die politische Exklusion des Prekariats. Der Disparitätsmodus der Issuefähigkeit. In: Parteien und soziale Ungleichheit. Wiesbaden: Springer VS.
- Loeber, Anne/Hajer, Maarten/Levidow, Les (2011): Agro-food crises: institutional and discursive changes in the food scares Era. In: Science as Culture, 20(2), S. 147– 155.
- Lüter, Albrecht (2007): Die Kommentarlage. Profilbildung und Polyphonie in medienöffentlichen Diskursen. Wiesbaden: VS
- Maak, Niklas (2012): Mehr Occupy wagen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/zukunft-der-protestbewegung-mehr-occupy-wagen-11596740.html> (Abruf am 07.08.2018).
- Malik, Shiv (2016): Why inequality is not the root of all evil, <https://www.theguardian.com/society/2016/apr/26/inequality-not-root-evil-income-gap-tax-direct-action> (Abruf am 07.08.2018).
- Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen (2009): Die SED. Geschichte einer deutschen Partei.
- Mair, Peter (2013): Ruling the Void. London: Verso.
- Marks, Caren (2006): Rede im Deutschen Bundestag am 29.09.2006; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16055.pdf> (Abruf am 17.04.2019).
- Mathur, Apana (2014): The Inequality Illusion. American Enterprise Institute. Abrufbar unter: http://www.aei.org/wp-content/uploads/2014/03/-opportunity-for-all_152949441244.pdf (Abruf am 07.08.2018).
- Mau, Steffen (2015): Inequality, Marketization and the Majority Class. Why did the European Middle Classes accept Neoliberalism? Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Mau, Steffen/Heuer, Jan-Ocko (2016): Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum. Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt. Friederich-Ebert-Stiftung.
- Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (2015): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten. Berlin: Suhrkamp.
- Mautner, Gerlinde (2016). Checks and balances: How corpus linguistics can contribute to CDA. In Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hrsg.): Methods of critical discourse analysis. (pp. 154–179). London u.a.: Sage, S. 154–179.
- McCall, Leslie (2013): The Undeserving Rich. American Beliefs about Inequality, Opportunity, and Redistribution. Cambridge: Cambridge University Press.
- Merkel, Angela (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho, <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html> (Abruf am 28.08.2018).
- Mikfeld, Benjamin (2017): Diskurse über den Wandel von Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeit im digitalen Zeitalter. Reihe: Diskussionspapier aus der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Mai 2017.
- Mikfeld, Benjamin/Turowski, Jan (2014): Sprache. Macht. Denken. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus.
- Mikkelsen, Aslaug/Langhelle, Oluf (2008): Arctic oil and gas: Sustainability at risk? New York: Routledge.
- Minkmar, Nils (2011): Stellt endlich die Systemfrage! Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/das-krisen-ensemble-stellt-endlich-die-systemfrage-11558289.html> (Abruf am 07.08.2018).
- Mohler, Peter (1989): Wertekonflikt oder Wertediffusion? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 41, S. 95–122.
- Möller, Kornelia (2006): Rede im Deutschen Bundestag am 30.03.2006; <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16029.pdf>.
- Münch, Sybille (2015): Interpretative Policy-Analyse: Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Suhrkamp: Berlin.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Niehues, Judith (2014): Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – Ein internationaler Vergleich, IW-Trends 2/2014.
- Niehues, Judith/Klös, Hans-Peter (2016): Gerechtigkeit. Besser als wahrgenommen. Pressemitteilung. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/300127/IW-Pressemitteilung_2016_59_Gerechtigkeit.pdf (Abruf am 17.04.2019)
- Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“. Bielefeld: Transcript.
- Nonhoff, Martin (2014) Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 2: Methoden und Analysepraxis. Perspektiven auf Hochschulreformdiskurse. Bielefeld: Transcript.
- Nullmeier, Frank/Geis, Anna/Daase, Christopher (2012): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik: Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen. In: Geis, Anna/Nullmeier, Frank/Daase, Christopher (Hrsg.): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen, Leviathan Sonderband 40/27. Baden-Baden: Nomos, S. 11–40.
- Nullmeier, Frank/Biegon, Dominika/Gronau, Jennifer/Haunss, Sebastian/Lenke, Falk/Schmidtke, Henning/Schneider, Steffen (2014): Marktwirtschaft in der Legitimationskrise? Ein internationaler Vergleich. Frankfurt am Main: Campus.
- Perkuhn, Rainer/Keibel, Holger/Kupietz, Marc Kupietz (2012): Korpuslinguistik. Paderborn: Fink.
- Petring, Alexander (2016): „Die drei Welten des Gerechtigkeitsjournalismus? Text-Mining in FAZ, taz und SZ zu sozialer Gerechtigkeit und Ungleichheit“. In: Matthias Lemke/Gregor Wiedemann (Hrsg.): Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse. Wiesbaden: Springer VS, S. 369–393.
- Petring, Alexander/Merkel, Wolfgang (2011): Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie, <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2011/f-17044.pdf> (Abruf am 15.08.2018).
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck.
- Plickert, Philip (2015): „Ungleichheit ist ein gehyptes Problem“. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Fazit – Das Wirtschaftsblog, <http://blogs.faz.net/fazit/2015/09/10/ungleichheit-ist-ein-gehyptes-problem-6502/> (Abruf am 07.08.2018).
- Roe, Emery (1994): Narrative Policy Analysis: Theory and Practice. Durham: Duke University Press.

- Ruiz Ruiz, Edgar J. (2009). Sociological discourse analysis: Methods and logic. In: Forum: Qualitative Social Research, 10 (2), <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1298/2882> (Abruf am 05.09.2018).
- Sachweh, Patrick (2010): Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung. Frankfurt am Main/New York: Campus
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus.
- Schmid, Angela (2005): Rede im Deutschen Bundestag am 02.06.2005; <http://dip21.bundestag.de/doc/btp/15/15178.pdf>.
- Schneider, Steffen/Schmidtke, Henning/Haunss, Sebastian/Gronau, Jennifer (2017): Capitalism and Its Legitimacy in Times of Crisis. London: Palgrave Macmillan.
- Schröder, Martin/Vietze, Florian (2015): Mediendebatten über soziale Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit seit 1946 und wie sie mit Einkommensungleichheit zusammenhängen. In: Zeitschrift für Soziologie, 44 (1), S. 42–62.
- Schwab, Klaus (2012): Das kapitalistische System passt nicht mehr in die Welt, Interview im Stern vom 25.1.2012.
- Shaw, Jonathan. (2014): Why „Big Data“ Is a Big Deal, Harvard Magazine, <https://harvardmagazine.com/2014/03/why-big-data-is-a-big-deal> (Abruf am 15.08.2018).
- Siems, Dorothea (2012): Die deutsche Sucht nach Gleichmacherei, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article109418261/Die-deutsche-Sucht-nach-Gleichmacherei.html> (Abruf am 07.08.2018).
- Siems, Dorothea (2013): Auf der Suche nach der richtigen Gerechtigkeit, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article115584909/Auf-der-Suche-nach-der-richtigen-Gerechtigkeit.html> (Abruf am 07.08.2018).
- Sinn, Hans-Werner (2016): Effizient, aber nicht gerecht, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-02/kapitalismus-einkommen-gerechtigkeit> (Abruf am 07.08.2018).
- Somers, Margaret R. (1994): The narrative constitution of identity: A relational and network approach. In: Theory and Society, 23(5), S. 605–649.
- Spier, Torsten (2017): Die Linke. Von der Regionalpartei Ost zur Partei des sozialen Souterrains?. In: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit. Wiesbaden: VS, S. 191–221.
- Stiglitz, Joseph (2014): Der Preis der Ungleichheit Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München: Pantheon.

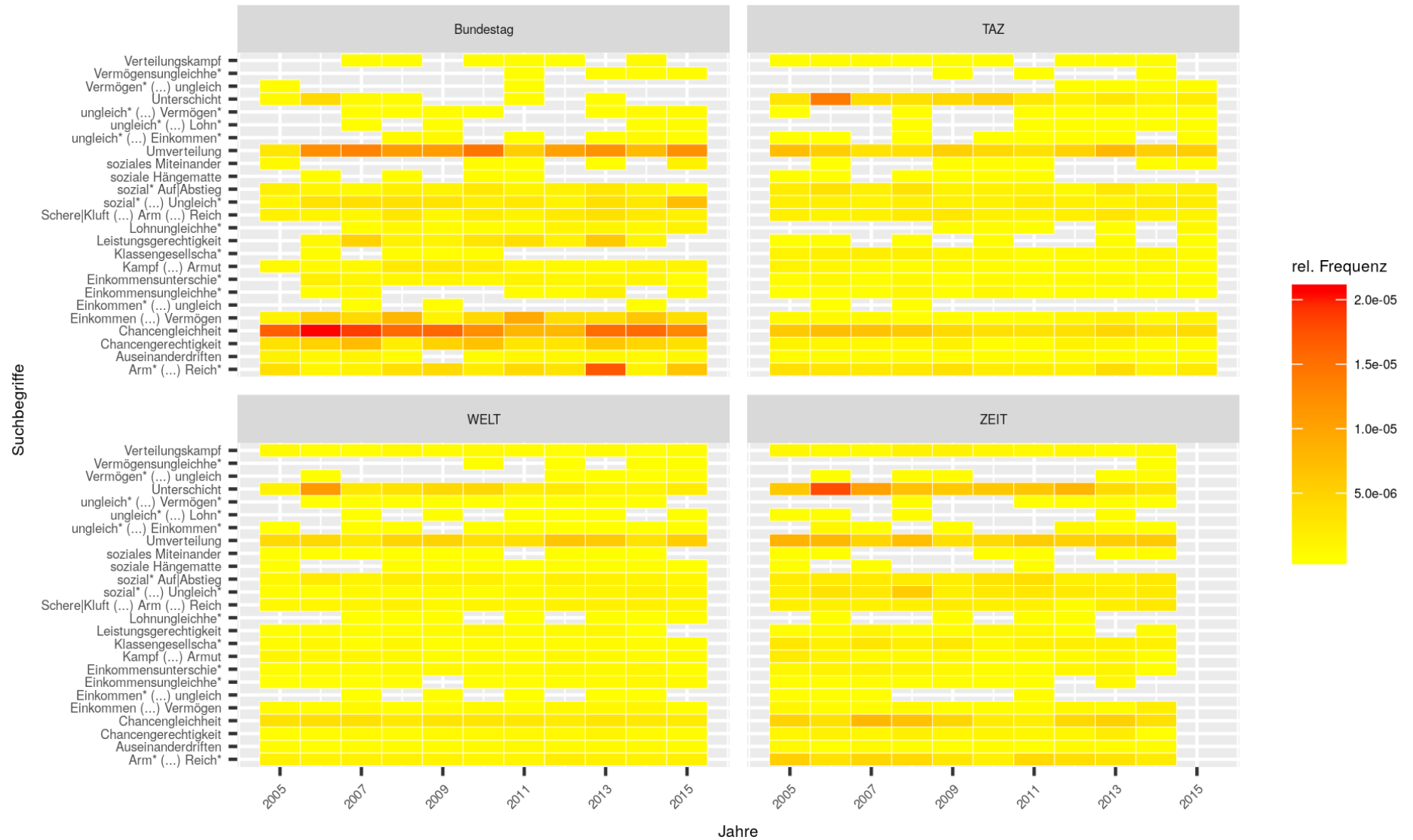
- Stiglitz, Joseph (2016): Europa spart sich kaputt Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht. München: Siedler.
- Stone, Deborah (1988): Policy Paradox. The Art of Political Decision Making, New York City: Norton.
- Streeck, Wolfgang (2011): The Crises of Democratic Capitalism. In: New Left Review, 71(Sept/Okt 2011), S. 5–29.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang (2016): How Will Capitalism End?: Essays on a Failing System. London: Verso.
- taz (2005): Gedenken für die NPD. taz, <https://www.taz.de/Archiv-Suche/1627361&s=man+darf+auch+nazi+sein&SuchRahmen=Print/> (Abruf am 07.08.2018).
- taz (2006): Der gute Freund vom Oskar. taz, <http://www.taz.de/!475510/> (Abruf am 16.04.2019)
- taz (2013): Millionäre werden zur Kasse gebeten. taz, <http://www.taz.de/!449936/> (Abruf am 07.08.2018).
- taz (2015): Schäubles ehernes Gehäuse. taz, <http://www.taz.de/!5227959/> (Abruf am 07.08.2018).
- Thaa, Winfried (2011): Neue Ungleichheit und politische Repräsentation, SFB 600, Teilprojekt C 7, Arbeitspapier 1/2011, Trier.
- Ullrich, Volker (2009): Die Linke. Die ZEIT, <http://www.zeit.de/2009/13/Leipzig-Ullrich> (Abruf am 07.08.2018).
- Uther, Stephanie (2014): Diskurse des Climate Engineering Argumente, Akteure und Koalitionen in Deutschland und Großbritannien. Springer
- Van Rinsum, Leila (2016): Ökonomen streiten über Vermögen. taz, <http://www.taz.de/!5285023/> (Abruf am 07.08.2018).
- Vogl, Joseph (2015): Der Souveränitätseffekt. Berlin: Diaphanes.
- Volk, Daniel (2011): Rede im Deutschen Bundestag am 26.10.2011; <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17135.pdf>.
- Viehöver, Willy (2011): Diskurse als Narrationen. In: Keller, Reiner, Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 179–208.
- Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die neue Umverteilung: Soziale Ungleichheit in Deutschland. München: C.H. Beck.
- Weiß, Peter (2013). Rede im Deutschen Bundestag am 21. Februar 2013, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17222.pdf> (Abruf am 07.08.2018).

- WELT (2011): Lohnzurückhaltung ist volkswirtschaftlicher Unsinn. DIE WELT, <https://www.welt.de/wirtschaft/article13787267/Lohnzurueckhaltung-ist-volkswirtschaftlicher-Unsinn.html> (Abruf am 07.08.2018).
- WELT (2013a): Armutsbericht – von der Leyen findet alles prima. DIE WELT, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article114185742/Armutsbericht-von-der-Leyen-findet-alles-prima.html> (Abruf am 07.08.2018).
- WELT (2013b): Glaube an Ungleichheit hat religiöse Züge. DIE WELT, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article112917061/Glaube-an-Ungleichheit-hat-religioese-Zuege.html> (Abruf am 07.08.2018).
- WELT (2013c): Die Mär von der steigenden sozialen Ungleichheit. DIE WELT, <https://www.welt.de/wirtschaft/article119782866/Die-Maer-von-der-steigenden-sozialen-Ungleichheit.html> (Abruf am 07.08.2018).
- Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Hamburg: Tolkemitt-Verl. bei Zweitausendeins.
- Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2018): The inner level: How more equal societies reduce stress, restore sanity and improve everybodys wellbeing. London: Allen Lane.
- Wolf, Martin (2015): The Shifts and the Shocks: What we've learned – and have still to learn – from the financial crisis. London: Penguin Books.
- Wiedemann, Gregor/Lemke, Matthias/Niekler, Andreas (2013): Postdemokratie und Neoliberalismus – Zur Nutzung neoliberaler Argumentation in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2011. In: Zeitschrift für Politische Theorie, 4 (1), S. 99–115.
- Winkelmann, Ulrike (2005): Gerechtigkeit heißt jetzt Ganztagskita. taz, <http://www.taz.de/!655488/> (Abruf am 07.08.2018).
- Wodak, Ruth/Meyer, Michael (2002): Methods of Critical Discourse Analysis. Thousand Oaks, Kalifornien: Sage.
- Yildiz, Taylan/Gadinger, Frank/Smith, Christopher (2018): Narrative Legitimierung. Exekutive, repräsentative und subversive Erzählstrategien in der Überwachungskontroverse, in: Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 46 (1), S. 135–162.
- ZEIT (2011): Gerecht war gestern. Die ZEIT, <http://www.zeit.de/2011/34/Deutschland-Ungleichheit> (Abruf am 07.08.2018).
- Zitelmann, Rainer (2017): Die Finanzkrise ist längst nicht vorbei. The European, <http://www.theeuropean.de/rainer-zitelmann/12937-13500000000000-schulden> (Abruf am 07.08.2018).

Anhang

Anhang 1: Alternative Darstellung der Abbildung 3 in Form einer Heatmap

Frequenz nach Medium



Autorinnen und Autoren

Simon Gehlhar ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Mercator Forum Migration und Demokratie“ (MIDEM). Seine Forschungsinteressen liegen in der Policy-Forschung im Bereich der Migration und Integrationspolitik sowie der Computational Social Science und der Digital Humanities.

Maximilian Hugendubel ist Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung und Kollegiat im Promotionskolleg „Die Arbeit und ihre Subjekte. Mediale Diskursivierungen von Arbeit seit 1960“ an der Universität Duisburg-Essen.

Christopher Smith Ochoa ist Promovend an der Universität Duisburg-Essen und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Politikmanagement im Ungleichheitsdiskurs. Wahrnehmung und Steuerung politischer Diskurse“, welches die NRW School of Governance in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung durchführt. Sein Fokus liegt in der interpretativen Narrativ- und Diskursforschung, sozioökonomischen Ungleichheit und politischen Ökonomie.

Der Beitrag ist die erste Untersuchung der sozioökonomischen Ungleichheitsdiskussion in Deutschland im Kontext der Finanzkrise. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass trotz einer verstärkten Problematisierung von Ungleichheit keine entscheidenden politischen Maßnahmen in dieser Frage ergriffen wurden. Die diskursanalytischen Ergebnisse zeigen, dass die Debatte zwar durch drei alternative Storylines geprägt wird, die Diskussion aber hauptsächlich um die Frage der „richtigen“ Fakten kreist. Unter diesen Bedingungen fällt eine Debatte über Reformmaßnahmen schwer, selbst dann, wenn die Problematik sozio-ökonomischer Ungleichheit grundsätzlich akzeptiert wird.
